Inserate
werden angenommen
in Posen bei der **Expedition der Zeitung,** Wilhelmstr. 17,
Ges. Ad. Schleh, Hoflieferant,
Gr. Gerberstr.- u. Breitestr.-Ecke,
Otto Niekisch, in Firma
J. Neumann, Wilhelmsplatz 8.

Verantwortlicher Redakteur:
C. Wagner in Posen.

Redaktions-Sprechstunde
von 9—11 Uhr Vorm.

Mittag-Ausgabe.

Posener Zeitung

Hundertundzweiter Jahrgang.

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz Posen
bei unseren Agenturen, ferner bei
den Annoncen-Expeditionen
R. Mosse,
Haasenstein & Vogler A.-G.,
G. L. Daube & Co.,
Invalidendank.

Verantwortlich für den Inseratentheil:
W. Braun in Posen.

Fernsprech-Anschluß Nr. 102.

Nr. 865

Die „Posener Zeitung" erscheint täglich **drei Mal,** an den auf die Sonn- und Festtage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal, an Sonn- und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt **vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, für ganz Deutschland 5,45 M.** Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des Deutschen Reiches an.

Mittwoch, 11. Dezember.

Inserate, die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum in der **Morgenausgabe 20 Pf.,** auf der letzten Seite 80 Pf., in der **Mittagausgabe 25 Pf.,** an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die **Mittagausgabe bis 8 Uhr Vormittags,** für die **Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm.** angenommen.

1895

Deutscher Reichstag.

4. Sitzung vom 10. Dezember, 1 Uhr.
(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Das Haus ist schwach besetzt. Am Bundesrathstisch Reichskanzler Fürst Hohenlohe, v. Marschall, Graf v. Posadowsky, v. Boetticher, v. Bronsart und andere.

Ohne Debatte wird zunächst der schleunige Antrag Auer auf Einstellung der gegen die Abgg. Horn und Brühne (Soz.) schwebenden Strafverfahren angenommen

Hierauf wird die **erste Lesung des Etats fortgesetzt.**

Abg. **Richter** (Frs. Vpt.): Bei der gestrigen Rede des Schatzsekretärs sagte ich mir: qui s'excuse, s'accuse. Der Schatzsekretär hat gestern eine Entschuldigung versucht, weshalb das Rechnungsergebniß so viel günstiger ausgefallen sei als seine Anschläge. An seiner Stelle hat noch niemand gestanden, der so unglücklich gewesen ist in der Schätzung wie er. (Sehr richtig! links.) Für das Jahr 1894/95 hat sich die angenommene Spannung von 52 Mill. M. bis auf 2 Mill. M. verringert. (Hört, hört! links.) Von dem Unterschied von 50 Mill. M. geht allerdings die Erhöhung der Börsensteuer um 15 Mill. ab, so daß das Konto dieser Spannung immer noch mit einem Unterschiede von 35 Mill. M. abschließt. Für 1895/96 veranschlagte der Schatzsekretär einschließlich des Nachtragsetats die Spannung auf 37 Millionen M. und heute erklärt der Schatzsekretär, daß bei vorsichtiger Veranschlagung das Ergebniß dieses Jahres überhaupt keine Spannung ergeben würde, sondern daß den Einzelstaaten noch 20 Millionen Mark herausgezahlt werden. Also der Unterschied beträgt in diesem Jahre 57 Mill. Mark. (Hört, hört! links.) Um 92 Millionen Mark hätten wir also die Steuerzahler ganz überflüssiger Weise mit neuen Steuern belasten müssen, wenn wir Vertrauen gehabt hätten auf den Schatzsekretär (hört, hört! links). Ich erinnere mich sehr wohl, daß bei der ersten Berathung der Tabaksteuer im vorigen Jahre der Schatzsekretär einen Anschlag aufstellte, daß der vorliegende Etat die bisherige Spannung um 60 Millionen übersteigen würde, und heute haben wir einen Etat vor uns, der diese Spannung nur um 2 Millionen übertrifft (hört, hört! links), hier ist also ein Unterschied von 58 Millionen Mark! Die vorjährige Schätzung des Schatzsekretärs machte so viel Eindruck, daß der Abg. Schädler einen Schrecken bekam und sich zur Tabakfabrikatsteuer bekehrte (Heiterkeit), zum Glück hat es weiter nichts geschadet. (Große Heiterkeit.) Nun sagt der Schatzsekretär: „Ja, wenn Sie meinen Vorschlägen gefolgt wären, dann hätten wir das überflüssige Geld zur Anlegung eines Reservefonds und zur Schuldentilgung gebraucht." Ja, glauben Sie denn, daß man im Lande es verstanden hätte, wenn ein solches lästiges Eindringen in die industriellen Verhältnisse, eine Aenderung des Steuersystems nur ins Werk gesetzt worden wäre, um Konsols zurückzukaufen? Auf augenblickliche Konjunkturen baut man überhaupt keine neuen Steuern. (Sehr wahr! links.) Die richtige Schätzung des Reichstags hat sich niemals so glänzend bewährt, wie in diesem Fall. Wir haben das vermocht auf Grund unseres Etatsrechts. Hüten wir uns also, irgendwie einen Automaten einzurichten, der eine freiere Benutzung des Etatsrechts in Zukunft einengt. (Lebhafte Zustimmung links.) Wenn die Einzelstaaten durchaus einen Automaten haben wollen, so sind sie ja jetzt in der Lage, aus den Ueberschüssen, die sie bekommen, einen Privatautomaten einzurichten. (Heiterkeit und Zustimmung.) Der Schatzsekretär ist auf dem besten Wege, eine neue automatische Regelung in einer anderen Form anzubahnen. Im vorigen Jahre war die Spannung von 33 Millionen genau entsprechend dem Ertrag der geplanten Tabakfabrikatsteuer berechnet. In diesem Jahre hat der Schatzsekretär die Spannung in Verbindung gebracht mit derjenigen Summe, um welche die Einzelstaaten nach dem Ergebniß des Jahres 1894/95 besser gestellt sind, als es nach dem Etat der Fall ist, das sind 13 Millionen. Nach diesen 13 Millionen ist die Spannung gestaltet. Von dieser Spannung wird hoffentlich bei diesem Etatsentwurf bei genauer Prüfung sehr wenig übrig bleiben. Gegenüber den Bestrebungen, welche das Etatsrecht des Reiches überhaupt beschränken wollen, müssen wir uns hüten, uns selbst, sei es durch Gesetz, sei es durch Gewohnheitsrecht, in der freien Gestaltung des Etats zu hindern. Wenn eine gesetzliche Regelung nothwendig ist, so wäre es der Erlaß eines Gesetzes über die Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben, das seit 20 Jahren der Reichstag verlangt. Der Abg. Fritzen hat bereits mit Recht hervorgehoben, daß die Veranschlagung der Zolleinnahmesätze des Etats viel zu niedrig ist. Die Veranschlagung war bisher eine durchaus künstliche. Wenn der Abg. Fritzen die Ausgabesteigerung des neuen Etats als mäßig bezeichnet im Verhältniß der früheren Jahre, so darf man doch nicht außer Acht lassen, daß in diesen neuen Ausgaben vielfach Keime vorhanden sind, die im nächsten Jahre eine weitere Steigerung erwarten lassen. Das Extraordinarium ist höher als jemals in früheren Jahren. Schon allein im Militäretat finden sich 41 erste Raten, und es fehlt uns jede Uebersicht darüber, welche finanziellen Konsequenzen diese Raten nach sich ziehen. Es wird der Bau von Kasernen in großem Umfange in Angriff genommen. Wir können wohl einzeln über jede Kaserne verhandeln, aber es fehlt uns jede Uebersicht über den gegenwärtigen Stand der Kasernirung überhaupt. Das ist eine Folge der fortgesetzten Präsenzerhöhung. Wir haben bis einschließlich 1894/95 der Militär-Verwaltung an einmaligen Ausgaben 136 Millionen Mark mehr bewilligt, als sie verbrauchen konnte. In der Militärkommission wurde mir seinerzeit auf die Frage, ob die organische Fortbildung des Heeres vorläufig mit der Militärvorlage abgeschlossen wäre, erwidert: „Ja bis auf die Waffen- und Depotverwaltung." Jetzt aber werden im Etat in allerhand Titeln neue organisatorische Forderungen gestellt. Der Reichstag ist gegenüber der Militärverwaltung immer überaus freigiebig gewesen. Die Militärverwaltung ist aber nicht entfernt in derselben Weise der Forderungen des Reichstags entgegen gekommen. Der Abg. Fritzen hat ja gestern bereits die Strafprozeßreform zur Sprache gebracht. Ich möchte noch einiges hinzusetzen, vielleicht nimmt dann der Kriegsminister Veranlassung, die gewünschte Erklärung bald abzugeben. (Heiterkeit.) Wir feiern demnächst das 25jährige Bestehen des deutschen Reichstags. Die 25jährige Nichterfüllung der Forderung der Reform des Militärstrafprozesses hätten wir schon früher feiern können. (Große Heiterkeit.) Denn bereits der norddeutsche Reichstag hat diese Forderung erhoben und dann fast in jedem Jahr mit großer Majorität von $^4/_5$ dieses Hauses erneuert. Im vorigen Jahre sagte man uns, es würden die Voten der Staatsminister über diese Frage in Preußen eingeholt; dann hat es geheißen, das preußische Staatsministerium habe sich schlüssig gemacht, und eine Weile hieß es, Herr v. Köller sei der Stein des Anstoßes. Gestern lasen wir im „Reichsanzeiger", es hätte nicht viel zu sagen, daß Köller anderer Ansicht gewesen ist. (Heiterkeit.) In Bayern wurde in diesem Jahre seitens des Kriegsministers auf eine Interpellation erklärt, es sei amtlich noch nichts darüber ihm bekannt. Die Angelegenheit muß sich also in einem Zwischenstadium befinden zwischen der Mittheilung an die einzelnen Staaten und dem Abschluß im preußischen Ministerium. Im vorigen Jahre hat der Kriegsminister feierlichst erklärt, wenn es ihm nicht gelingen würde, die Frage im Reichstage zur Verabschiedung zu bringen, so würde er selbst seinen Abschied nehmen. Diese Antwort muß doch wohl mehr gewesen sein als ein Wechsel ohne Datum. Ich möchte endlich wissen, woran wir sind. Jetzt wird schon wieder in offiziösen Blättern eine neue Ausrede laut; erst müsse die Strafprozeßnovelle fertig sein. Aber mindestens müßte doch der Kriegsminister in der Lage sein, uns das Programm mitzutheilen, auf Grund dessen die Reform des Strafprozesses ausgearbeitet werden soll. Es ging durch die Presse die Nachricht, daß die kommandirenden Generale sich ungünstig über die vierten Bataillone geäußert hätten, und daß man nothwendig zu einer Umgestaltung derselben übergehen müßte. Alles was ich darüber gelesen habe, beweist aber doch, daß die vierten Bataillone das geleistet haben, was man damals von ihnen erwartete, und daß sie das nicht geleistet haben, was man von ihnen nicht erwarten konnte. Ich bin weit entfernt davon, die Aeußerungen der sogenannten „militärischen Schriftsteller" zu überschätzen; dieselben stammen von pensionirten Offizieren, die mit dem aktiven Heere nur noch am Büchertisch und am Biertisch in Verbindung stehen und die stets für Vermehrung der Kadres und der Offiziersstellen schreiben, weil sie Verwandte im Heere haben, denen das Avancement nicht schnell genug geht oder auch weil sie sich durch schriftstellerische Thätigkeit einen Nebenerwerb verschaffen wollen. Aber dieses Rütteln an der Organisation schadet und deshalb hat der Kriegsminister schon vom militärischen Standpunkte aus Grund, eine klare Auskunft über diese Frage in die Oeffentlichkeit zu geben. Bezüglich des Pensionsetats so hat sich der bayerische Landtag einstimmig für eine Verminderung der Ausgaben ausgesprochen. Die Ausgaben des Pensionsetats sind von 47 Millionen im Jahre 1872 bis auf 84 Millionen gestiegen (hört, hört!), die Zahl der pensionirten Offiziere im preußischen Kontingent beträgt jetzt 8000, also nahezu die Hälfte der aktiven Offiziere (hört, hört!) und die Höhe der Pensionen bleibt nur um ein geringes zurück hinter dem Besoldungsbetrag der aktiven Offiziere. Nun weiß ich sehr wohl, durch welche Gesetze wir selbst in der letzten Zeit zur Steigerung des Pensionsetats beigetragen haben. Aber es läßt sich doch überlegen, ob nicht die Geltendmachung des Grundsatzes, daß jeder, der nach seinem Dienstalter zum Avancement berufen wäre, aber die höhere Stelle nicht erhält, seinen Abschied nimmt, einmal aufhören kann, denn er zieht bedenkliche finanzielle Konsequenzen nach sich. Bei der Marine fängt man ja jetzt auch schon flott mit der Pensionirung an. Wir haben 13 aktive und 37 pensionirte Admirale (hört, hört!). Einen beträchtlichen Theil der Erhöhung der Marineausgaben hat der Umstand verursacht, daß das ostasiatische Geschwader aus großen und theuren Schiffen zusammengesetzt ist. Wir können wohl Aufschluß über die Politik verlangen, die in Ostasien befolgt wird, und umsomehr, als die Intervention nicht vereinbar erscheint mit den in der Budgetkommission des vorigen Jahres abgegebenen Erklärungen. Es ist mir zweifelhaft, ob diese Politik wirklich im Ausfuhrinteresse unserer Industrie liegt. (Hört, hört!) Bei dieser Gelegenheit werden wir auch näheres erfahren müssen über die Kronkonzession.

Die Vermehrung der Ausgaben im Extraordinarium des Marine-Etats wird auch eine entsprechende Erhöhung des Ordinariums zur Folge haben. Herr Fritzen hat die Ansicht ausgesprochen, daß die Forderungen für Schiffsbauten sehr erhebliche Abstriche erheischen. Ich freue mich dieser Erklärung, denn im vorigen Jahre war gerade die Freigebigkeit des Centrums ausschlaggebend für die große Bewilligung von Schiffsneubauten. Es scheint, daß die Freigebigkeit nur den Anlaß gegeben hat, in diesem Jahr desto mehr zu verlangen. (Heiterkeit und Sehr wahr! links.) In diesem Etat erreicht das Extraordinarium der Marine schon die Hälfte des Extraordinariums des Militäretats. Gegenwärtig werden mit den früheren Bewilligungen der beiden Vorjahre bereits 100 Millionen in Schiffsneubauten engagirt. (Hört, hört! links.) Wenn mich nicht alles trügt, ist jetzt bereits die Anschauung maßgebend, daß wir auch große Seeschlachten in überseeischen Gewässern liefern müßten. Wir haben da meines Erachtens keine größeren Aufgaben, als unsere Handelsinteressen gegen lokale Wirren und Aufstände zu schützen. Das ist auch eine ganz falsche Vorstellung, als ob die Ausdehnung unseres Handels nicht abhängt von der Preiswürdigkeit und Güte der Waaren, sondern von der Stärke der Kreuzer und der Zahl der Kanonen. (Sehr wahr! links.) Abg. Fritzen hat mit vollem Recht verlangt, daß wir uns konzentriren; wir sollten uns hüten vor der Zersplitterung der Kräfte des Reiches. Eine solche Vermehrung unserer überseeischen Kreuzerflotte aber bedeutet eine Schwächung unserer Kräfte bei Ausbruch eines Krieges in Europa. (Sehr richtig! links.) Herr Fritzen hat auch gemeint, man solle das Sezirmesser auch an den Kolonialetat legen. Diese Aeußerung hat mich ganz besonders erfreut. Die rapide Steigerung des Kolonialetats ist nur möglich gewesen bei der Freigebigkeit, welche die Centrumspartei in dieser Richtung in den letzten Jahren ausgeübt hat. Herr Fritzen meinte allerdings, das Sezirmesser dürfe nicht allzu tief einschneiden. Wir hätten doch auch Kulturaufgaben in Afrika. Das erregte auf dieser Seite Gelächter, aber nicht wegen der Missionare, wie Herr Fritzen meinte, sondern in der Erinnerung an jene Art Kulturbilder wie sie der Prozeß Leist entrollt hat. Wenn die Nachrichten, die ich erhalten, richtig sind, so wird in den nächsten Tagen vor dem Disziplinarhof ein Kulturbild contra Wehlan aufgerollt werden, das noch viel eigenartiger ist. wenn auch in anderer Richtung, als der Prozeß Leist. (Hört! hört! links.) Das Missionswesen ist überhaupt nicht an eine bestimmte Flagge gebunden. Deutsche Missionare sind auch in fremden Ländern thätig und waren auch schon in den Schutzgebieten, als noch nicht die schwarz-weiß-rothe Flagge dort wehte. Es wäre wohl der Untersuchung werth, ob durch die Art der Kolonialpolitik, wie sie jetzt betrieben wird, am letzten Ende das Missionswesen wirklich gefördert wird, (Sehr wahr! links.) ob alle diese militärischen Expeditionen und Streifzüge, die fortwährenden Streitigkeiten mit Eingeborenen die Missionsthätigkeit fördern, ob nicht hier viel mehr Personen durch Todtschlagen zur Hölle geschickt als zum Christenthum durch Missionare bekehrt werden. (Lebhafte Zustimmung und Heiterkeit links.) Seit dem Rücktritt des Fürsten Bismarck hat sich das Kolonialwesen immer militärischer entwickelt; unsere ganzen Kolonien sind weiter nichts als Militärstationen, auf denen wagemüthige junge Offiziere erproben können, ob ihre Gesundheit das Tropenklima aushält, sich in taktischen Manövern versuchen und die Tragweite der neuen Schußwaffen erproben können. Von Kulturbestrebungen ist jetzt weniger als je die Rede. (Sehr wahr! links.) Auch den Ausgaben für Kolonialpolitik gegenüber müssen wir deshalb auf Konzentrirung der Kräfte dringen. Jetzt sollen wir wieder $1^1/_2$ Mill. mehr für Kolonien aufwenden. Jetzt haben wir also schon einen Aufwand von jährlich 11 Millionen. Was könnte dafür nicht im Inland geleistet werden! Wie viel gerechtfertigte Beschwerden der Beamten in Gehaltsfragen könnten berücksichtigt werden! In Preußen hält man mit dem Lehrerbesoldungsgesetz zurück, weil es bis 2 Millionen Mark Zuschuß kosten kann. So viel fast fordert man in einem einzigen Jahr hier mehr an Zuschuß für Afrika. Wenn die Herren im Bundesrath mit dieser Freigebigkeit im Etat fortfahren, dann ist die Zeit nicht fern, wo das Reich wieder Kostgänger der Einzelstaaten werden muß. In diesem Augenblick wird die Axt gelegt an die Hauptsäule des Einnahmeetats, an die Zuckersteuer. In der Zuckersteuervorlage erblicke ich eine Gefährdung des Etats selbst, wie sie schärfer nicht gedacht werden kann. In Folge der Prämienwirthschaft war die Einnahme aus der Zuckersteuer vor acht Jahren bis auf 9 Millionen Mark heruntergegangen. Sie ist allmählich in Folge neuer rationeller Gesetze bis auf 80 Millionen gestiegen. Die jetzt beabsichtigte Erhöhung der Ausfuhrprämien soll freilich durch eine Erhöhung der Verbrauchsabgaben um ein Drittel gedeckt werden. Muß solche Erhöhung aber nicht auch rückwirken auf die bisherige Einnahme aus der Zuckersteuer? (Sehr richtig! links). Die Erhöhung der Verbrauchsabgaben im Interesse der Deckung der erhöhten Ausfuhrprämien beträgt 32 Millionen Mark. Der Exporteur wird entsprechend dem Zuschuß auch die Inlandspreise steigern Die Zuckersteuervorlage bedeutet danach eine Belastung des Inlandkonsums um 50 Millionen Mark. Das Kilo Zucker wird wenigstens um 10 Pfennige vertheuert. (Hört, hört! links.) Der Inlandskonsum ist in den letzten acht Jahren in Folge des sinkenden Preises um 50 Prozent gestiegen. Er wird in Folge der neuen Steuer wieder herabgehen. Eine Belastung des Inlandskonsums um mehr als 50 Millionen ist doch nicht etwas Unbedeutendes, das ist ja so viel als die ganze Militärvorlage von 1893 (Hört links) an neuen Belastungen eingeführt hat. Damals konnte man sich wenigstens auf die Wehrhaftigkeit des Vaterlandes berufen. Man befürwortete nur neue Steuern auf Genußmittel. Hier sollen wir uns entschließen, ein unentbehrliches Nahrungsmittel wie den Zucker mit 50 Millionen zu belasten. Man behauptet, im Interesse des Exports sei ein Kampfgesetz nothwendig. Lesen Sie die Denkschrift, welche der Verein der Zuckerhändler in Hamburg herausgegeben hat. Diese Herren haben das nächste und stärkste Interesse an einer Vermehrung des deutschen Zuckerexports: aber gerade von jener Seite protestirt man gegen ein solches Gesetz. (Hört, hört! links.) In der Begründung des Zuckersteuergesetzes von 1891 hieß es, gerade jetzt sei die Gelegenheit günstig, die Prämien ohne Schädigung der deutschen Zuckerindustrie aufzuheben und normale Verhältnisse herzustellen. Als es sich um die Liebesgabe für die Brenner handelte, begründete man es mit der Verminderung der Produktion aus Anlaß der Steuererhöhung. Beim Zucker hat sich die Produktion aber fortwährend erhöht. Damals wies man auf die armen ostelbischen Provinzen mit dem mageren Boden hin, der Kartoffelbau müsse durch eine Liebesgabe unterstützt werden. Jetzt sind es aber gar nicht die ostelbischen Provinzen, sondern die wohlhabenden Zuckergegenden, Anhalt, Braunschweig, Sachsen, denen die neue Liebesgabe zu Theil werden soll. In diesen Gegenden ist in zwei Jahrzehnten die Grundrente um das Vierfache gestiegen. Um diese hohe Grundrente zu erhalten, soll das übrige Land belastet werden. (Sehr wahr! links.) Das Gesetz ist auch voller Widersprüche. Man macht ein Kampfgesetz zur Kräftigung des Exports, und in demselben Gesetz werden Bestimmungen eingeflochten, die darauf hinausgehen, gerade die wohlfeilere und konkurrenzfähige Produktion der größeren Fabriken einzuschränken und zu erschweren. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amts hat daran erinnert, daß Amerika einen Zuschlagszoll erhebt. Wenn ich richtig rechne, so ist dieser Zuschlagszoll größer als die gegenwärtige Ausfuhrprämie. Wir verschaffen den Amerikanern billigen Zucker, und sie bestrafen diese gute Absicht, indem sie die Ausfuhrprämie durch solche Zuschläge zum Zoll annulliren. Wenn wir nun die Ausfuhrprämie weiter erhöhen, wer birgt dafür, daß die Amerikaner nicht auch die Zuschläge erhöhen! (Sehr wahr! links.) Was bleibt dann von der ganzen Geschichte übrig? Der Inlandskonsum und die Reichskasse werden zu Gunsten der amerikanischen Zollkasse belastet. Gegen die Grundsätze, die der Staatssekretär in Betreff der Botschaft des Präsidenten Cleveland ausgesprochen hat, an sich kann man nichts einwenden, namentlich nicht gegen den letzten Theil seiner Rede, wo er

gesagt hat, man solle mit Ruhe und Mäßigkeit die Frage behandeln, wegen der weit verzweigten wirthschaftlichen Beziehungen, die zwischen den beiden befreundeten Staaten bestehen. Aber ich möchte doch verlangen, daß die thatsächlichen Unterlagen im Laufe der Verhandlung noch weiter mitgetheilt werden. Ganz sicher haben alle diese Maßnahmen ja keine Spitze gegen die Vereinigten Staaten, aber es muß doch auch klar gelegt werden, warum sie überhaupt gegen das ganze Ausland ergriffen werden. Das ist nicht klar gestellt worden, weil diese Maßnahmen nicht auf Gesetzen beruhen, sondern im Verwaltungswege getroffen worden sind. Die Gründe dafür sind zumeist in den Akten begraben. (Sehr richtig! links.) Der Staatssekretär sollte daher die thatsächlichen Unterlagen in irgend einer Form der Oeffentlichkeit noch weiter bekannt geben. Fürst Bismarck hat bekanntlich einmal das Einfuhrverbot des amerikanischen Fleisches veranlaßt, angeblich wegen drohender Trichinengefahr. Sein Nachfolger hat darauf das Verbot aufgehoben, weil die Kontrollmaßregeln vollständig ausreichend und das nationale Schwein vor dem amerikanischen an geringerer Trichinengefahr nichts voraus hat. Der Erfolg hat also gezeigt, daß die Maßnahme des Fürsten Bismarck ungerechtfertigt sei. Die Erinnerung an jene Episode erschwert in Amerika offenbar den Standpunkt unserer Regierung. Ebenso geschieht dies durch das Verhalten unserer Agrarier im preußischen Abgeordnetenhause. Dort haben die Agrarier den Standpunkt proklamirt, daß es nicht nur darauf ankomme, die Seuchengefahr zu beseitigen, sondern daß man dahin streben müsse, die Einfuhr fremden Viehes überhaupt von unseren Grenzen fernzuhalten, im Interesse der Preissteigerung für das einheimische Vieh. Der Staatssekretär hat Bezug genommen auf Atteste der Gesundheitsbehörden, wonach das am Texasfieber erkrankte Vieh, auch wenn es schon geschlachtet sei, im Fleisch noch gefährlich werde. Weshalb wird denn ein solches Attest nicht veröffentlicht? Diese Maßnahme der Verwaltung hat sogar in den Seestädten Aufsehen erregt, vermuthlich weil sie über die Gründe der Regierung nicht unterrichtet war.

Was das *Versicherungswesen* anbetrifft, so ist es richtig, daß die Maßnahmen in Bezug auf die Statistik für alle Gesellschaften ergangen sind. Aber auch deutsche Gesellschaften klagen darüber und gerade im Interesse der deutschen wäre es angebracht, die Bestimmungen zu ändern, die von allen Seiten als zwecklos und belästigend anerkannt sind. Wenn nun auch von den Regierungen der anderen Länder ähnliche Bestimmungen getroffen werden, dann wissen die Gesellschaften, welche in mehreren Ländern arbeiten, bald nicht mehr, wie sie ihre Bücher führen sollen. Hierzu kommt auch noch die Bestimmung, daß die ausländischen Gesellschaften die Hälfte ihrer Prämienbeträge in preußischen Konsols anzulegen haben. Auch diese Bestimmung ist sogar von deutscher Seite für mindestens zweifelhaft erklärt worden. Ich bedaure, daß Alles dergleichen so kurzer Hand im Verwaltungswege verfügt werden kann, und ich bedauere es ganz besonders, daß das Versicherungswesen nicht Reichssache sei. Wir sehen auch an diesem Fall, wie die Maßnahmen einzelner Regierungen zu Maßnahmen des Auslandes führen können, die das gesammte deutsche Reich berühren.

Ich komme nun zu einigen Fragen, *die über den Rahmen des Etats hinausgehen*. Ich möchte bei der Belastung der Session wünschen, daß zur Erleichterung der Geschäfte man hier doch in Bezug auf die Kommissionsberathungen sich einige Beschränkungen auferlegen möchte. Denn solche ausführlichen Kommissionsberathungen, wie wir jetzt haben, haben in früheren Jahren im Reichstag nicht stattgefunden. Jetzt liegt die Entscheidung monatelang in der Kommission. Die Folge davon ist, daß die Theilnehmer an den Kommissionsberathungen mit Arbeiten überhäuft sind, während im Plenum, weil eigentliche Entscheidungen nicht stattfinden, die Sitzungen nur schwach besucht sind und oft Beschlußunfähigkeit eintritt. Die grundsätzlichen Fragen sollten sogleich im Plenum in zweiter Berathung entschieden werden; man müßte allein die technische Durcharbeitung den Kommissionen überlassen. Jetzt sind die Kommissionen überlastet. Sehr viele Herren sind in zwei und mehreren Kommissionen vertreten, dieselben machen sich in Folge dessen Konkurrenz und wir kommen nicht vorwärts. Man sollte der Kommissionsprüfung schon gleich bei der Etatsüberweisung Grenzen ziehen. Man könnte auch die Grundsätze der Justiznovelle sogleich im Plenum entscheiden. Wir haben sehr bedauert, daß aus der Justiznovelle im Vorjahre nicht wenigstens die Entschädigung unschuldig Verurtheilter, die Wiedereinführung der Berufung zum Abschluß gekommen ist. Dieses ist umsomehr bedauerlich nach den Erfahrungen, die wir in der letzten Zeit mit den Urtheilen der Strafkammern gemacht haben. Es ist ja bekannt, daß, wenn ein politischer Angeklagter gerade einen unglücklichen Anfangsbuchstaben bei seinem Namen hat und deshalb vor die Brausewetterkammer kommt, er von vornherein als verurtheilt gilt und von dem Vorsitzenden als Verurtheilter behandelt wird (Sehr richtig! links), so daß man nicht versteht, warum überhaupt noch eine weitere Verhandlung vor Gericht staatfindet. (Sehr richtig! links.) Noch richtiger wäre es, überhaupt alle politischen Vergehen vor die Schwurgerichte zu weisen. (Sehr wahr! links.) Erleben wir doch heutzutage Urtheile, die so überaus gekünstelt sind in der Begründung, daß sie mit dem öffentlichen Rechtsbewußtsein im schneidenden Widerspruch stehen! Damit werden diejenigen, über die so gekünstelte Urtheile gefällt, sind, geradezu zu Märtyrern gestempelt, und dadurch wird gerade das Gegentheil von dem erreicht, was das Strafverfahren beabsichtigt. Ich bedauere, daß zwei Forderungen der vorjährigen Kommission keine Berücksichtigung erfahren haben, obgleich es ganz alte Forderungen des Reichstags sind, die schon im Jahre 1876 mit vier Fünftel Majorität erhoben wurden. Ich meine die Aufhebung des *Zeugnißzwanges* in Prozeßsachen und die *Beschränkung der Verfolgungen* der Preßsachen auf den Wohnort des Thäters. Man hat damals in der zweiten Berathung im Jahre 1876 mit überwältigender Mehrheit solches verlangt, nachher hat man im Wege von Kompromißverhandlungen zwischen der zweiten und dritten Berathung das wieder aufgehoben. Diejenigen, die den Kompromiß schlossen, trösteten sich damit: Wir werden das später nachholen, sorgen wir jetzt, daß das große Gesetzwerk zu Stande kommt. Nun sind neunzehn Jahre verflossen, die Praxis hat die Unzuträglichkeit der bisherigen Bestimmungen recht grell hervortreten lassen. Den Regierungen haben diese Bestimmungen wahrlich nichts genützt, und trotzdem wehrt man sich gegen diese schon seit so vielen Jahren verlangte Reform. Das ist nicht einladend für den verlangten Verzicht auf Forderungen bei dem *bürgerlichen Gesetzbuch*. Es liegt mir bei der großen Zahl von Fragen, die das bürgerliche Gesetzbuch umfaßt, fern, auch nur kursorisch diese Fragen hier zu erörtern. Ich bedaure aber die Art, wie das bürgerliche Gesetzbuch in seinen Entwürfen das *Vereinsrecht* behandelt, oder vielmehr nicht behandelt. Wir bedauern es, daß man sich bisher nicht hat entschließen können, den *Berufsvereinen* die Rechtspersönlichkeit im bürgerlichen Gesetzbuch zu sichern, obgleich die Mehrheit des Hauses unzweifelhaft auf dem Boden einer solchen Forderung steht. Wir haben deshalb ein solches Gesetz hier eingebracht und ebenfalls ein Nothgesetz in Bezug auf politisches Vereinswesen besonders mit Rücksicht auf die polizeilichen Maßnahmen der letzten Wochen. Diese Maßnahmen sind keine Fragen, die die Sozialdemokratie allein angehen; sie können in ihren Konsequenzen alle politischen Parteien treffen. Die Art und Weise, wie das Vereins- und Versammlungsrecht gehandhabt wird, ist entscheidend für die Art des öffentlichen Lebens in Deutschland; dieses ist wieder die Grundbedingung für die Zusammensetzung der Volksvertretung und für die Richtung der Gesetzgebung. Wie kann man diese Grundlage des politischen Lebens der Willkür der einzelnen Staaten bis auf Mecklenburg-Strelitz herab preisgeben? (Heiterkeit.) Alle Parteien hier haben den natürlichen Rechtsanspruch, sich ungehindert in Verbindung setzen zu können mit allen Organisationen ihrer Richtung im Lande. Wenn man die letzten Konsequenzen aus den Maßnahmen der letzten Woche zieht, so müßte man auch dazu schreiten, jede Centralorganisation von Interessenvertretungen, wie landwirthschaftlichen Vereinen, industriellen Verbänden zu verbieten, da diese alle in die Politik eingreifen. Oder will man etwa der Vertretung der Sonderinteressen mehr gestatten als den Richtungen, die sich bemühen, Sonderinteressen dem allgemeinen politischen Interesse unterzuordnen? (Sehr gut).

Die *Thronrede* hat mit Recht in passender Weise daran erinnert, daß wir demnächst *das 25jähr. Fest* der Begründung des Deutschen Reiches zu begehen hätten! Ich denke, wir werden diese Feier einträchtig mit einander begehen. Wenn ich als einer derjenigen, die dem ersten deutschen Reichstag angehört haben, zurückblicke und die Zustände von damals mit den jetzigen vergleiche, so fällt ein Vergleich nicht zu Gunsten der Gegenwart aus. Damals hatte die wirthschaftliche Gesetzgebung eine befreiende Richtung, man war bemüht das Erwerbsleben, Handel und Verkehr von Schranken zu befreien, um die schweren Militärlasten, die das neue Deutsche Reich auferlegte, leichter tragen zu können. Seitdem sind die Militärlasten verdoppelt, die Steuerlasten des Reiches nahezu verdreifacht; umgekehrt aber hat seit 1879 eine Gesetzgebung Platz gegriffen, welche das Erwerbsleben erschwert, eine Richtung der Gesetzgebung, die auch noch in manchen Vorlagen dieser Session sich zeigt. Herr v. *Kardorff* ist freilich entgegengesetzter Meinung. Nach ihm ist gerade die Zeit von 1873 bis 1879 eine Zeit der Verarmung Deutschlands gewesen, bis Fürst Bismarck die Umkehr der wirthschaftlichen Gesetzgebung einleitete. Dann kommt nach ihm ein steigender Wohlstand, der durch die neuen Handelsverträge von 1892 unterbrochen ist, sodaß wir jetzt wieder einer zunehmenden Verarmung entgegengehen. Ich bin in langjährigen Zusammenwirken mit Herrn v. Kardorff gewohnt, daß er um so sicherer und selbstbewußter auftritt, je verkehrter die Unterlagen seiner Behauptungen, und je willkürlicher die Schlußfolgerungen sind. Herr v. Kardorff hat behauptet, daß das Plus der Einfuhrwerthe über die Ausfuhrwerthe ein Zeichen des Rückgangs der Verarmung des Landes ist. Was er hier angeführt hat, das stand alles bereits in alten Flugblättern für Einführung von Schutzzöllen aus dem Jahre 1879. Seine ganze Berechnung von 1880 hat gar keine amtlichen Unterlagen, sondern beruht auf Kombination zu agitatorischen Zwecken. Es ist durchaus falsch, daß, wie Herr v. Kardorff sagt, bis zum Jahre 1873 das Schutzzollsystem geherrscht hat und von da der Freihandel. Im Jahre 1873 ist nur eine theilweise Ermäßigung der Eisenzölle eingeführt, und erst 1877 sind die Eisenzölle aufgehoben worden. Vor 1880 sind die Ausfuhrmengen sehr unvollständig angegeben, weil keine Deklarationspflicht bestand. Gerade in den Jahren 1872 und 1873 überstiegen die Einfuhrwerthe um viele hundert Millionen die Ausfuhrwerthe. Nach Herrn v. Kardorff würden wir also gerade *in den Jahren die stärkste Verarmung* haben, in denen wir bekanntlich die französischen Milliarden bekamen. (Heiterkeit.) Herr von Kardorff geht mit Anführung von Gesetzen und Zahlen ganz willkürlich um. So behauptet er, daß seit 1889 das Uebersteigen der Einfuhrwerthe gegenüber den Ausfuhrwerthen beginnt, und er bringt die neuen Handelsverträge damit in Verbindung. Er vergißt aber, daß 1889 noch Fürst Bismarck regierte und die Handelsverträge erst von 1892 datiren. Immer muß der Einfuhrwerth den Ausfuhrwerth übersteigen, schon weil darin der Handelsgewinn und die Transportkosten stecken. Je mehr ein Land Anlage von Kapital im Ausland hat, desto mehr muß ihm in den Einfuhrwerthen eine Verzinsung zukommen. Nach Kardorffscher Logik müßten alle Kulturländer verarmen, England allein hätte in diesem Jahr in Folge der übersteigenden Einfuhrwerthe schon 3400 Millionen M. verloren und in den letzten drei Jahren 10 Milliarden. Nach Kardorffscher Statistik marschiren nur Spanien und Serbien noch einigermaßen an der Spitze der Civilisation. (Heiterkeit links.) Entschuldigen Sie, daß ich Sie in dieser Weise über die Anfangsgründe der Nationalökonomie so lange habe unterhalten müssen, die man sich eigentlich schon auf den Universitäten an den Schuhen abläuft. (Heiterkeit links.) Leider ist Herr v. Kardorff heute nicht hier. Abiit, evadit, excessit, erupit; er ist nach Paris abgedampft. Hübsch kann ich das gerade nicht finden, daß man erst eine Brandrede hält und dann abfährt. Fürst Bismarck hat das freilich öfter gemacht, aber was dem Jupiter erlaubt ist, schickt sich nicht für jeden anderen. (Große Heiterkeit.) Der größte Werth der Handelsverträge, den Herr v. Kardorff nicht einsieht, besteht darin, daß sie einem System gegenseitiger Heraufschraubung der Zölle ein Ende gemacht und uns geschützt haben gegen die Zollerhöhungen, die sonst in Rußland, Oesterreich-Ungarn und in der Schweiz eingetreten wären. Es ist auch festgestellt, daß sich viele Industriezweige ganz außerordentlich in der Besserung befinden. Das, was wir aus den Handelsverträgen an Zolleinnahmen eingebüßt haben, ist durch Mehreinnahmen für Kaffee, Petroleum, Thee und andere Gegenstände wieder eingeholt. Es beweist dies das gerade Gegentheil von einem Zustande der Verarmung. In den Artikeln, welche von der Masse verbraucht werden, steigt der Konsum, ein sicherer Beweis, daß die Lebenshaltung der Massen sich bessert. Die reichen Ernten äußern ihre Folgen. Auch die Arbeitslosigkeit ist in diesem Jahre nicht mehr so groß wie in den Vorjahren. Die billigeren Lebensmittelpreise äußern sich wohlthätig, und der kleine Mann, der weniger für Brot auszugeben braucht, ist dadurch in die Lage gesetzt, mehr für Kleidung, Wohnung und andere Lebensmittel auszugeben. Herr v. Kardorff spricht ferner von der allgemeinen Verarmung der Landwirthschaft, vom Rückgang des Kapitals und beruft sich dabei auf die Statistik. Die Viehzählung von 1892 ergiebt, daß das Vieh verglichen mit 1883 an Werth um 803 Millionen Mark zugenommen hat. Das ist noch eine große Kapitalerhöhung. (Sehr wahr! links.) Die amtliche Bodenstatistik von 1893 ergiebt, daß seit 1878 1240000 Hektar mehr für Feld- und Gartenfrüchte zur Verfügung stehen. Dieser amtliche Bericht schließt mit dem Satz: „Im Ganzen bietet die Bodenstatistik das Bild einer steigenden Bevorzugung der intensiveren Kulturformen.“ (Hört! hört! links). Solche intensivere Bewirthschaftung ist nur möglich geworden durch entsprechende Zunahme des Kapitals in der Landwirthschaft. Allerdings, die Grundrente ist gefallen. Das muß sich aber der Grundrentner ebenso gefallen lassen wie der Zinsrentner, dem in den letzten 20 Jahren der Zinsfuß von 5 auf 3 Prozent zurückgegangen ist. (Sehr wahr! links.) Wie aber steht es mit der angeblichen Bevölkerungsabnahme des platten Landes, auf welche Herr v. Kardorff hingewiesen hat? Die neue Zählung ist noch nicht bekannt, die Zählung im Sommer hat keine Abnahme für das platte Land ergeben. Die Statistik von 1890 im Vergleich von 1885 ergiebt für Deutschland insgesammt bei den Orten unter 2000 Einwohnern eine Abnahme von 39000 Seelen. Dafür sind aber 600 Orte mit früher unter 2000 Einwohnern in eine höhere Ortsklasse durch Bevölkerungszunahme aufgerückt. Die preußische Statistik unterscheidet zwischen Stadt und Land. Allerdings ist in einer großen Zahl von Kreisen die Landbevölkerung zurückgegangen. Aber in einer ebenso großen Zahl fast hat sie sich vermehrt. In der Gesammtheit ist die Bevölkerung in den Landgemeinden um 5.94 pro Mille gestiegen. Nur in Gutsbezirken ergiebt sich eine Abnahme von 1.32 pro Mille. Daß die Bevölkerung in Städten und industriellen Bezirken wächst, ist natürlich eine Folge der fortschreitenden Kultur. Wo soll denn sonst der Bevölkerungszuwachs Aufnahme finden, wenn nicht in der Industrie? Die Beschäftigung in der Landwirthschaft ist in der Hektarzahl derselben begrenzt. Je mehr Maschinen in der Landwirthschaft Verwendung finden, — denken Sie nur an die Dreschmaschinen — desto mehr Hände werden dort wenigstens zeitweilig entbehrlich. Wollen Sie aber dahin wirken, daß die Bevölkerung auch auf dem Lande mehr wächst, so beseitigen Sie die Hindernisse der Zertheilung des Großgrundbesitzes. Erleichtern Sie die Erwerbung des kleinen und mittleren Besitzes, anstatt das Fideikommißwesen zu erweitern und neue Beschränkungen für das Erbrecht am Grundbesitz einzuführen. (Sehr richtig! links.) Wollen Sie nicht die Arbeiterzahl auf den Gütern noch mehr vermindern, so hüten Sie sich vor dem neuen Zuckersteuergesetz. Es prämiirt aufs Neue die Sachsengängerei in die Zuckerdörfer. Ich las in den Zeitungen, daß Herr v. Kardorff vor einigen Tagen mit Herrn v. Stumm dem *Fürsten Bismarck* einen Besuch abgestattet hat. Ich war gespannt darauf, was er von Friedrichsruh für ein Programm mitbringen würde, (Heiterkeit links) oder in welcher Richtung er es, um einen landläufigen Ausdruck zu gebrauchen, unternehmen würde, die Regierung „*scharf zu machen*“. (Große Heiterkeit.) Nach dem großen Anlauf seiner Rede aber war ich enttäuscht und vermißte das Programm am Schluß. Er schloß wie der sterbende Attinghausen mit dem Zuruf zu den Ministern: seid einig, einig, einig! (Heiterkeit.) Gestern war es aber kein besonders glücklicher Tag, solche Einigkeit zu predigen nachdem das Ministerium sich darin einig gezeigt hatte, Herrn v. Köller aus seinen Reihen auszuschließen. (Heiterkeit links.) Meint Herr v. Kardorff nun: Vivat sequens? Wer soll denn der sequens sein? Daß es nicht ihr Freund am Kastanienwäldchen ist, glaube ich von vornherein annehmen zu dürfen. (Heiterkeit links.) Herr v. Kardorff sprach dann von der Hetze der Minister gegeneinander, von dem Kampfe ihrer Offiziösen gegeneinander. Dagegen mögen sich die Herren Minister selbst vertheidigen. Ich fühle mich nicht berufen, sie gegen diese Angriffe zu schützen, die doch eigentlich nur mit der Unterstützung des Behördenapparates gewählt sind. (Sehr richtig! links.) Freilich thäten die Herren Minister am besten, das Offiziösenthum abzuschaffen, das sie von dem Fürsten Bismarck überkommen haben. De mortuis nihil nisi bene! Das möchte ich auch in Bezug auf Herrn v. Köller gelten lassen. Ich sage jedem Minister, wenn er abgegangen ist, gern etwas Gutes nach. So will ich auch rühmend hervorheben, daß der einzige positive Gedanke, den Herr v. Köller durchgeführt hat, die Schaffung der allgemeinen „Berliner Korrespondenz“, doch etwas Richtiges war. Er wollte herbeiführen, daß dasjenige, was die Regierung an amtlichem Material zu veröffentlichen hatte, auch in amtlich erkennbarer Form in die Oeffentlichkeit gelangte, aber freilich hat er diese Absicht gegenüber den übrigen Ressorts nicht vollständig zur Ausführung bringen können. Es sind in der letzten Zeit wieder wichtige Gesetzentwürfe auf dem Wege der Verhökerung an private Zeitungen gelangt. Dem Ansehen der Regierung entspricht das nicht. Das beste Mittel, dies zu verhindern, wäre, die Vorlagen so bald als möglich im „Reichsanzeiger“ zu veröffentlichen.

Die Thronrede mahnt uns bei der Feier des 25jährigen Bestehens des Reiches, unsern Sinn abzulenken von dem, was uns trennt auf das, was uns einigen soll. Das ist ein gutes Wort, besonders im Munde der Regierung. Zur Zeit des Fürsten Bismarck hat es gerade umgekehrt die Regierung darauf angelegt, die Sonderinteressen zu beleben. Herr v. Kardorff klagt über die Unzufriedenheit im Lande. Gewiß, sie ist vorhanden, als wesentliche Folge jener unglücklichen Regierungspolitik; man hat überall Versprechungen gegeben und Erwartungen rege gemacht, die keine Staatsmacht erfüllen kann. Die falsche Vorstellung über die Leistungsfähigkeit des Staates erweckt die Begehrlichkeit der Sonderinteressen; diese aber kann nicht befriedigt werden. Umgekehrt aber klagt die Allgemeinheit über die Belastung, welche ihr erwachse aus dieser Berücksichtigung der Sonderinteressen. Das ist die böse Erbschaft, welche die gegenwärtige Regierung übernommen hat. Der letzteren aber mache ich den Vorwurf, daß sie nicht mit genug Entschiedenheit aus dem falschen Kurs der Bismarckschen Politik zurückleitet und nicht energisch genug die Sonderinteressen abschüttelt.

Dem Antrag Kanitz gegenüber hat ja die Regierung eine runde Abrede ertheilt, aber das Zuckersteuergesetz ist auf demselben Holze gewachsen, wie der Antrag Kanitz. Es ist, wenn es auch nicht dieselbe Tragweite hat, womöglich noch verkehrter. Dieses Zuckersteuergesetz ermuntert auch die Anhänger des Antrages Kanitz, in ihren Bestrebungen fortzufahren und es so darzustellen, als ob der Antrag Kanitz von der Regierung angenommen wird, sobald es gelingt, eine gegnerische parlamentarische Mehrheit umzuwerfen. Der Antrag Kanitz ist neu eingebracht worden mit neuen Schnüren und Quasten ausstaffirt, aber darum nicht verlockender. Bei der letzten Verhandlung war der lauteste Rufer im Streit, der schärfste Vorkämpfer mir gegenüber Freiherr *von Hammerstein*, ein Ritter ohne Furcht, aber mit desto mehr Tadel. (Große Heiterkeit.) Es haben jetzt für den Antrag 101 Stimmen unterzeichnet gegen damals 97, weil es Ihnen gelungen ist, 4 arme Seelen aus der nationalliberalen Partei einzufangen. Wie verschiedene politische Bekenntnisse vermag doch die nationalliberale Flagge zu decken. Der Führer der nationalliberalen Partei, Herr v. Bennigsen, der gerade heute zu unserem Bedauern nicht auf seinem Platze ist, hat den Antrag Kanitz bezeichnet als an Gemeingefährlichkeit alle übrigen agrarischen Anträge übertreffend. Sonst im bürgerlichen Leben vermeidet man es, mit Leuten, die gemeingefährliche Dinge unterstützen, unter demselben Dache zu wohnen, aber unter den nationalliberalen Kameraden scheint das ganz egal zu sein. (Große Heiterkeit.) Uns kann es schon recht sein, wenn sie hübsch zusammenbleiben. Indessen die Unterstützer des Antrags Kanitz mögen sich vorsehen. Einige Wahlkreise haben sie deshalb schon verloren. Jetzt ist Halle-Heeford, wie das dortige konservative Blatt hervorhebt, die konservative Hochburg wegen des Antrages Kanitz gefallen, so sehr man dabei in der Wahlbewegung den Antrag umgangen hat. Die Heuerlinge, die bisher konservativ wählten, die kleinen Leute, sind in das liberale Lager gegangen, weil sie von den Brotvertheuerern, wie sie sagten, nichts mehr wissen wollten. Wir werden die Gegenagitation gegen den Antrag Kanitz schärfer als bisher in die Masse tragen müssen gegen die Brotvertheuerer und Geldverschlechterer, denn das ist im Grunde genommen dieselbe Gesellschaft. Auch andere werden gestern vermißt haben, daß Herr v. Kardorff nicht zuletzt auf den *Bimetallismus* kam als Einigungsmittel. Aber Herr v. Kardorff ist zu den andern Silbermännern nach Paris gefahren, weil die Herren das Bedürfniß haben, sich gegenseitig zu trösten (Heiterkeit), daß es mit ihrem Freunde Balfour, auf den sie so große Hoffnung gesetzt haben, nichts ist. Herr v. Kardorff war vielleicht gestern über Bimetallismus so schweigsam, um bei seiner Rückkehr von der Konferenz der Silbermänner die Sturmfahne gegen das Ministerium desto entschiedener vorzutragen. Der lauteste unter den bimetallistischen Vorkämpfern, der Landtagsabgeordnete Dr. Arendt, hat in seinem Wochenblatt deutlich angekündigt, was nun weiter kommen soll. Wenn Graf Mirbach zurückkehrt, wird er fürchterliche Musterung halten unter den Herren Ministern (Heiterkeit) und dem Fürsten Hohenlohe sagen: hic Rhodus, hic salta! (Heiterkeit.) Wenn das

Programm des Grafen Mirbach nicht erfüllt wird, so wird Fürst Hohenlohe in dieselbe Versenkung verschwinden, die den Grafen Caprivi verschlungen hat, und zuletzt auch den Herrn von Köller. (Heiterkeit.) Also der Herr Reichskanzler ist gewarnt! (Heiterkeit.) Er weiß, was ihm bevorsteht, er möge sich vorsehen, wenn die Herren aus Paris zurückkehren. (Heiterkeit.)

Wir aber sehen der weiteren Entwicklung mit einer gewissen heiteren Ruhe entgegen. Allerdings, in einem Punkt muß ich den Herren Bimetallisten Recht geben; die Zeit der Halbheiten ist vorbei. Entweder — oder. Die Methode, daß man sagt, „ohne Präjudiz für die Goldwährung", „ohne Präjudiz für den Bimetallismus", geht nicht mehr länger. Dabei verliert man das Vertrauen auf jeder Seite. (Sehr richtig! rechts.) Ein klarer Standpunkt muß eingenommen werden; alle kleinen Unzuträglichkeiten aus dem fallenden Silberpreis sind verschwindend gegenüber dem großen Segen der Goldwährung und ihrer Festhaltung für das ganze wirthschaftliche Leben. (Beifall links, Widerspruch rechts.) Hoffen wir, daß die Regierung unter den Eindrücken der Festzeit sich stärkt und kräftigt, um das Banner der gemeinsamen nationalen Interessen hochzuhalten gegenüber allen Sonderbündeleien auf verschiedener Seite. Nur soweit dies der Fall ist, dürfen Sie unserer Unterstützung sicher sein. (Lebhafter Beifall links.)

Reichskanzler **Fürst Hohenlohe:** Ich wundere mich, daß ein Mann von der großen Erfahrung des Herrn v. Kardorff auf das Gerede der Zeitungen hin behauptet hat, daß die Minister uneinig seien und sich gegenseitig in den Zeitungen befehdeten. Ziel und Richtung meiner Politik sind in dem Programm festgelegt, das ich im vorigen Jahre hier gegeben habe. Damit sind die Minister einverstanden und die behauptete Uneinigkeit ist in das Gebiet der Legenden zu verweisen. Meinungsverschiedenheiten finden sich überall da, wo sich Menschen zu gemeinsamer Arbeit vereinigen. Wir suchen unsere Meinungsverschiedenheiten in friedlicher Weise zu lösen und auszugleichen. Der Rücktritt des Herrn v. Köller ist nicht ausschließlich aus Meinungsverschiedenheiten erfolgt, sondern wegen Mißhelligkeiten, die sich an die Meinungsverschiedenheiten geknüpft haben. Ich bin zu meinem Bedauern nicht in der Lage diese Mißhelligkeiten aufzuklären, ich muß aber bemerken, daß weder die Frage der Maßregeln gegen die sozialdemokratischen Vereine Berlins, noch die sonst in der Presse angegebenen Gründe dazu den Anlaß gegeben haben. Es waren wesentlich andere Motive. Wenn man uns Mangel an Initiative vorwirft, so möchte ich bemerken, daß diese doch nur mit einem Reichstage zu machen ist, der eine geschlossene Mehrheit aufweist. Das ist bei uns nicht der Fall: zahlreiche Interessen machen sich im Reichstage geltend; wir werden trotzdem fortfahren, wie Herr v. Kardorff wünscht, Ruhe, Ordnung und Wohlhabenheit zu fördern, wir werden fortfahren, gegen die Staats- und Gesellschaftsordnung vernichtenden Bestrebungen, die auch gegen Monarchie und Religion gerichtet sind, vorzugehen. Der Versuch, diese Bestrebungen im Wege der Reform des gemeinen Rechtes zu hemmen, ist mißlungen; ich habe auch nicht die Absicht, dem Reichstage ein weiteres Gesetz in diesem Sinne vorzulegen. Allein der ruhige Bürger bedarf des Schutzes, und es ist nöthig, daß die Gesetze, welche bestehen und welche dazu geeignet sind, die Gefahren abzulenken, ausgeübt werden (Zuruf des Abg. Singer: Aber gegen alle Parteien.) Wenn sich die Sozialdemokratie darüber beklagt, so möchte ich Sie (zu den Sozialdemokraten) darauf aufmerksam machen, daß Ihre Partei selbst daran schuld ist. Als die deutsche Nation sich der Erinnerung an die großen Errungenschaften und Siege des Jahres 1870/71 erfreute und mit Dank des ehrwürdigen Kaisers gedachte, dessen Muth und Weisheit die Begründung des deutschen Reiches förderte (Beifall), da wurde jene nationale Bewegung von der sozialdemokratischen Presse mit Hohn und Spott überschüttet, getreu dem Grundsatze ihrer Führer, daß das Vaterland ein im sozialdemokratischen Sinne kulturwidriger reaktionärer Begriff sei. Die Herren Sozialdemokraten dürfen auch nicht vergessen, daß ihre Grundsätze, wie sie im System des Kommunismus u. s. w. aufgestellt sind, nicht lediglich den Eindruck wissenschaftlicher Erörterung machen; es ist davon Gefahr für die Sicherheit des Staates zu befürchten. Werden jetzt die Zügel straffer gezogen, so sind wir dabei der Zustimmung weiter Kreise des Volkes sicher. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. **Enneccerus** (natl.): Der Angriff des Abg. Richter gegen meine Partei wegen der Unterzeichnung des Antrages Kanitz durch drei Mitglieder und einen Hospitanten war nicht am Platze. Herr Richter möge es ruhig der Fraktion überlassen, wie sie sich dazu stellen will. Ich glaube wohl, daß es ihm sehr angenehm wäre, wenn in Folge des vorübergehenden Antrages Kanitz eine dauernde Spaltung in meiner Fraktion eintritt. Unsere Stellung zum Antrag Kanitz ist bei der großen Majorität unserer politischen Freunde dieselbe wie vorher, wir halten ihn für schädlich und gefährlich. Die Ausführungen des Staatssekretärs über die Botschaft des Präsidenten Cleveland haben meine Partei durchaus beruhigt. Der Etat giebt trotz aller Angriffe des Abg. Richter im großen Ganzen ein befriedigendes Bild. Die Einnahmen sind nicht zu niedrig angesetzt. Es ist eine falsche Methode, deshalb, weil vielleicht in Zukunft die Einnahmen sich erhöhen können, sie schon jetzt höher anzusetzen. Die Spannung zwischen Ueberweisungen und Matrikularbeiträgen ist nicht besonders groß, sie erscheint größer, als sie thatsächlich ist. Der Etat balanzirt nahezu, und deshalb ist die geeignete Zeit, mit der Finanzreform vorzugehen. Diese ist im vorigen Jahre gescheitert, aber nicht, weil keine Mehrheit dafür vorhanden war, sondern weil sie mit der Tabaksteuer verbunden war. Der jetzige Zustand hat nicht nur im Reich, sondern auch in den Einzelstaaten zu unnöthigen Ausgaben geführt. Um die Spannung zu beseitigen, müßten zeitweise 3/4 der gesammten Einkommensteuer in Preußen verwandt werden. Der Abg. Richter hat auch hierfür gleich einen Ausweg, er verweist auf die Einnahmen aus den Eisenbahnen. Nun aber treffen bekanntlich immer hohe Matrikularbeiträge und die niedrige Ueberweisungen auch mit niedrigen Einnahmen aus den Eisenbahnen zusammen, kein Staat kann auf die schwankenden Einnahmen aus den Eisenbahnen seine Hoffnung setzen. Nun soll das Finanzreformgesetz nicht eingeführt werden, weil es ein „Automat" ist. Automat ist aber ein Wort ohne Begriff, und wird in Wahlversammlungen von 15- bis 16jährigen Leuten als Agitationsmittel gebraucht. Dann möchte ich die Reichsregierung fragen, ob sie angesichts der bimetallistischen Bestrebungen wirklich geneigt ist, an unserer bewährten Währung zu rütteln, und ob sie bereits dem Antrage des Reichstages entsprechend eine Anfrage an die übrigen Regierungen hat ergehen lassen, behufs internationaler Regelung des Silberpreises. Den vielfachen Klagen gegenüber, die über die Alters- und Invaliditäts-Versicherung täglich laut werden, können wir uns nicht verschließen, es wäre wohl angebracht, wenn die verschiedenen Vorschläge, die zur Abhilfe gemacht sind, baldmöglichst veröffentlicht werden. Bei aller Schneidigkeit gegenüber der Sozialdemokratie muß man doch auch ein warmes Herz für die Arbeiter haben. Wenn auch bei dem Militär- und Marineetat eine genaue Prüfung der einzelnen Posten nothwendig ist, so glaube ich doch, daß man in der Frage der Flottenvermehrung nicht zu engherzig sein darf. Bei dem Handel mit dem Auslande kommt es nicht nur auf gute Waaren, sondern auch auf Schutz des Handels an. Auch auf das Ansehen des deutschen Reiches im Auslande kommt es an. Weil meine Fraktion einen Antrag bezüglich des Schutzes der Bauhandwerker eingebracht hat, hat man gegen uns den unberechtigten Vorwurf erhoben, daß wir einen Angriff auf das bürgerliche Gesetzbuch beabsichtigen. Das ist aber durchaus nicht der Fall. Meine Fraktion wird jetzt, nachdem in der zweiten Lesung die romanistische Färbung des Entwurfs beseitigt ist, dem Gesetzbuch zustimmen. Wir hoffen, daß auch die anderen Parteien dieses große nationale Werk annehmen werden, wir hoffen, daß der Reichstag einig ist, wenn es sich um große nationale und ideale Ziele handelt. Möge der Reichstag von dem Bundesrathe nicht an Patriotismus übertroffen werden! Ich mache den Vorschlag, das bürgerliche Gesetzbuch en bloc anzunehmen. (Bravo! rechts und bei den Nationalliberalen. Oho! links.) Dies wäre die schönste Krönung der Jubelfeier des Deutschen Reiches. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Staatssekretär **v. Bötticher** weist gegenüber den Bemerkungen des Vorredners über die Versicherungsgesetze auf die bereits erfolgte Revision des Krankenkassengesetzes hin und auf die Konferenz die zur Vereinfachung des Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetzes zusammengetreten sei. Die Regierung würde den Versuch machen, durch eine Novelle das Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetz so zu korrigiren, daß es dem Publikum schmackhafter würde. Bisher habe sich noch kein gangbarer Weg zur Zusammenlegung der drei Versicherungs-Gesetze gefunden. — Daß die Einnahmen beim Kaiser Wilhelm-Kanal hinter den Erwartungen zurückgeblieben seien, sei vielleicht auf das Mißtrauen zurückzuführen, das man jedem neuen Unternehmen entgegenbringe, auch möchten die Rheder sich vielleicht sagen, der Reichstag hat das Recht, nach einem Jahre die Gebühren zu ermäßigen, also seien wir vorläufig noch nicht allzu eifrig in der Benutzung des Kanals. Sodann fährt Redner fort: Der Abg. Richter hat von einer Verhökerung amtlicher Schriftstücke gesprochen, zum Zwecke des Nebenverdienstes von Beamten. Ich versichere Ihnen nun, daß die Regierung darüber ebenso entrüstet ist wie irgend Jemand anders, daß amtliche Schriftstücke, die nicht zur Veröffentlichung bestimmt sind, ohne Ermächtigung der betreffenden Ressortstellen in die Presse übergehen. Ein solches Verfahren ist zweifellos nur möglich unter Verletzung einer Amtspflicht eines Beamten oder unter Verletzung der Diskretion, die den Beamten in Bezug auf die ihnen zugehenden Schriftstücke obliegt. Es ist alles seitens der Regierung geschehen und wird auch ferner geschehen, um diesem „groben Unfug" zu steuern. Aber hierzu wird es wesentlich beitragen, wenn der Abg. Richter die Güte haben wollte — er braucht es ja nicht im Reichstage zu thun, es kann ja privatim geschehen — mir die Spuren nachzuweisen, auf die seine Wahrnehmungen hinausgehen. (Heiterkeit.) So lange dies nicht geschieht, muß ich die Bezichtigung, daß Beamte sich durch Verhökerung von amtlichen Schriftstücken einen Nebenverdienst gemacht haben, als unberechtigt zurückweisen. (Beifall rechts.)

Hierauf vertagt das Haus die weitere Etatsdebatte auf Mittwoch, 11. Dezember, 12 Uhr.

Schluß der Sitzung 5 Uhr.

Deutschland.

* **Berlin**, 10. Dez. Die von Köller begründete „Berliner Correspondenz", die auch nach dem Rücktritt ihres einstigen Herrn und Meisters weiter erscheint, weiß heute noch Folgendes zu melden:

Dem Staatsminister von Köller ist bei seinem Scheiden aus dem Amt folgendes Allerhöchste Handschreiben zugegangen:

Mein lieber Staatsminister von Köller! Um Ihnen bei Ihrem Ausscheiden aus dem Staatsdienste mein fortgesetztes Wohlwollen und meine Anerkennung für Ihre treu geleisteten Dienste zu erkennen zu geben, verleihe ich Ihnen den Rothen Adler-Orden erster Klasse mit Eichenlaub und der Königlichen Krone und lasse Ihnen die Insignien hierneben zugehen. Ich verbleibe

Ihr wohlgeneigter König
gez. Wilhelm R.

Neues Palais,
den 8. Dezember 1895.
An
den Staatsminister von Köller.

Der Minister des Innern Freiherr von der Recke von der Horst hat heute die Geschäfte des Ministeriums des Innern übernommen.

— Die Kommission für Arbeiterstatistik trat heute unter dem Vorsitz des Unterstaatssekretärs Lohmann im Reichsamt des Innern zu einer Sitzung zusammen. Verschiedene Regierungskommissare wohnten der Sitzung bei. Die Tagesordnung ist folgende: Untersuchung über die Arbeitszeit, Kündigungsfristen und Lehrlingsverhältnisse im Handelsgewerbe sowie Untersuchung über die Arbeitszeit in Getreidemühlen.

— Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt: Wie wir hören, ist es richtig, daß für Berlin eine Anordnung beabsichtigt ist, durch welche den Ladeninhabern gestattet wird, an den beiden letzten Sonntagen vor Weihnachten ihre Geschäftslokale bis 10 Uhr Abends offen zu halten, sofern sie auf die sonst gestatteten Geschäftsstunden vor Beginn des Hauptgottesdienstes verzichten. Jedoch ist uns nicht bekannt, daß eine gleiche Anordnung für andere Städte beabsichtigt wäre.

W. B. **München**, 10. Dez. [Kammer der Abgeordneten.] Die Breslauer Staatsanwaltschaft hat die Genehmigung zur Strafverfolgung der in Breslau erscheinenden „Volkswacht" wegen Beleidigung der bayerischen Kammer der Abgeordneten nachgesucht. Die Kammer begann die Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Errichtung einer staatlichen Viehversicherungsanstalt. In der Generaldiskussion begrüßten Redner aller Parteien den Entwurf mit Freuden als ein weiteres Mittel, die Interessen der Landwirthschaft zu fördern. Der Minister des Innern, Frhr. v. Feilitzsch, betonte, kein Land könne die Viehversicherung leichter einführen, als Bayern, weil hier die erforderlichen Grundlagen bereits gegeben seien. Andere Staaten, wie Sachsen und Hessen, hätten bereits den Wunsch ausgesprochen, dem bayerischen Vorgehen zu folgen. Nach Erledigung der gegenwärtigen Vorlage werde auch die Pferdeversicherung in Angriff genommen werden. — In der Spezialdiskussion wurde dann nach längerer Debatte der grundlegende Artikel I in der Fassung des Ausschusses angenommen.

Parlamentarische Nachrichten.

— Nach einem Beschlusse des Senioren-Convents sollen die Ferien des Reichstages unbedingt nicht vor Dienstag dem 17. Dezember eintreten, vorher soll die erste Lesung der Gesetze über die Handwerkerkammern und dem unlauteren Wettbewerb erledigt werden.

Aus dem Gerichtssaal.

W. B. **Danzig**, 10. Dez. Vor dem hiesigen Schwurgericht begann heute die Verhandlung gegen den seit dem 8. Mai d. J. in Haft befindlichen Direktor der Aktiengesellschaft „Weichsel", Alexander Gibsone, den seiner Zeit der eigene Vater als Vorsitzender des Aufsichtsraths der genannten Gesellschaft dem Staatsanwalt überliefert. Bei der verantwortlichen Vernehmung gestand der Angeklagte im Wesentlichen zu, die Gesellschaft durch eigene Wechselaccepte im ungefähren Betrage von 160 000 M., ferner im Jahre 1892 durch Ausgabe von 114 Stück und 1894 durch 86 Stück gefälschter Aktien-Duplikate zu 1000 M. geschädigt zu haben. Gibsone räumte auch ein, falsche Bilanzen aufgestellt und unrichtige Buchungen gemacht zu haben, um die wahre Sachlage zu verdunkeln. Gibsone wurde von den Geschworenen der Fälschung von 84 Aktien, der Untreue, der Verschleierung von Bilanzen und des Betruges gegen die Gesellschaft durch unberechtigte Ausgabe von 114 000 Mark Aktien schuldig erklärt und zu 7 Jahren Zuchthaus, Ehrverlust und 6000 Mark Geldstrafe verurtheilt.

Lokales.

Posen, 11. Dezember.

n **Schwere Verletzung.** Gestern Abend wurde einem Eisenbahnarbeiter, welcher in dem sogenannten Löschkanal des Maschinenschuppens beschäftigt war, durch eine Maschine eine Hand abgefahren. Der Verunglückte wurde mittelst Droschke in die Diakonissenanstalt gebracht.

n. **Eine Schlägerei** entstand gestern Abend auf der Jesuitenstraße, wobei der Korkenschneider K. Hahn mehrere Messerstiche in den Rücken und die Hand erhielt. Der Arbeiter Waschecki, welcher bei der Schlägerei betheiligt war und vermuthlich auch den Hahn gestochen hat, wurde festgenommen.

Aus der Provinz Posen.

h **Schwerin a. W.**, 9. Dez. [Ueberfall. Ertrag einer Wohlthätigkeits-Vorstellung.] Angefallen wurde gestern Abend hier in der Straße der Maurer Lausesky von dem Knecht Freyer aus Rhyn. Letzterer verlangte von L. Geld; da er nichts erhielt, zog er einen Revolver hervor und schoß auf L., ohne jedoch zu treffen. Von herzugeeilten Passanten wurde dem Attentäter der mit noch 4 Patronen geladene Revolver entrissen. Freyer wurde verhaftet. — In der gestern hier seitens des Vaterländischen Frauenvereins veranstalteten Wohlthätigkeits-Vorstellung sind 340 M. vereinnahmt worden.

A. **Obornik**, 10. Dez. [Offiziervverein und Rentengutsbildung.] Wie wir erfahren, beabsichtigt der Besitzer des Rittergutes P. im Kreise Wongrowitz sein Gut an einen Offizierverein zu verkaufen. Das Rittergut umfaßt ein Areal von über 2000 Hektar mit bedeutenden Waldungen. Der genannte Verein beabsichtigt, dortselbst Rentengüter zu bilden und sich auf dem ganzen Territorium die Jagd vorzubehalten.

Aus den Nachbargebieten der Provinz.

H. **Danzig**, 10. Dez. [Russischer Deserteur.] In Zoppot wurde ein russischer Deserteur verhaftet. Das Polizeiamt lieferte ihn dem russischen Konsulat in Danzig aus.

Telegraphische Nachrichten.

Köln, 10. Dez. Die „Kölnische Zeitung" meldet aus Göttingen: Heute früh explodirte im hiesigen chemischen Laboratorium ein gläserner Gasometer. Professor Wallach, dem ein Glassplitter in den Gehörgang drang, und zehn Studenten sind schwer verletzt, die übrigen leicht, darunter eine Dame.

Herbern (Westfalen), 10. Dez. Bei einem hier in der Nähe erfolgten nächtlichen Zusammenstoß zwischen Förstern und Wilderern wurde ein Wilddieb erschossen und ein anderer verwundet, während ein Förster einen Schuß in den Unterleib erhielt.

Stettin, 10. Dez. Das brasilianische Panzerschiff „24 de majo" ist soeben durch den Eisbrecher auf die Werft des „Vulkan" eingeschleppt worden.

Budapest, 10. Dez. Das Abgeordnetenhaus vertagte sich heute wegen der bevorstehenden Neuwahlen der Munizipalbeamten bis zum 9. Januar.

Rom, 10. Dezember. Die „Opinione" behauptet, aus sicherer Quelle zu wissen, daß die italienischen Truppen auch Adua räumten und sich in Adigrat konzentrirten, wo sie sich zum Widerstande gegen den Feind vorbereiten. Die italienische Regierung betreibe die schleunige Entsendung von 3000 Mann und 2 Batterien Gebirgsartillerie. Die Zahl der Schoaner beträgt nach Angabe der „Opinione" 30 000—40 000. Der „Tribuna" zufolge verfügt General Baratieri über etwa 11 000 kampffähige Leute und sei voll Vertrauens in die Lage. Er habe niemals Verstärkungen außer in ganz geringem Maßstabe verlangt. Die „Tribuna" fügt hinzu, es würden einige Kriegsschiffe nach dem Rothen Meere abgehen, um die Küsten zu überwachen und die weitere Ankunft von Waffen zu verhindern, wie solche in der letzten Zeit in reichlichem Maße an Menelik von den Widersachern der italienischen Kolonialpolitik geliefert worden seien.

Die „Italia militare" hebt hervor, daß man bis jetzt nur von dem Ausbleiben von Nachrichten über etwa 1000 Eingeborene und ungefähr zwanzig italienische Offiziere, die zum Bataillon Toselli gehören, sprechen könne, daß sich aber daraus nicht ergebe, daß dieselben gefallen seien; auch der Tod des Majors Toselli sei nicht gewiß. — Demselben Blatte zufolge hat der Kriegsminister die Entsendung von 3 Bataillonen und 1 Batterie nach Afrika verfügt.

Rom, 10. Dez. Der „Agenzia Stefani" werden aus Massauah Einzelheiten über das Gefecht bei Ambalagi gemeldet: Der Kampf wurde während sechs Stunden hartnäckig geführt. Unsere Flügel leisteten einen langen, erbitterten Widerstand, aber sie mußten sich schließlich, von f...
aus starken feindlichen Kräften überflügelt, zurückziehen ... ver-
durch wurde auch der Widerstand unseres Centrums ... Da-
Die schoanische Armee bestand aus den Korps ... vergeblich.
Michael, Mangascha, Olie, Butul, Makonnen u... der Ras
Atischin. Man versichert, daß ihre sehr b... Mangascha-
luste 2000 bis 3000 Todte und V... trächtlichen Ver-
Unter den Gefallenen sollen sich n... wundete betragen.
Augenzeugen 2 Ras' befinden. Ueber ... dem Bericht von
der Schoaner ist bis jetzt keine M... ein weiteres Vorrücken
Gefecht von Ambalagi hat tr... Meldung eingetroffen. Das
den Einzelheiten keinerlei n... seiner Veröffentlichung mit
völkerung von Agame aus... nachtheiligen Einfluß auf die Be-
geborenen Truppen ist ... geübt (?). Die Haltung unserer ein-
fortgesetzt eine vortreffliche. Baratieri

traf in Adigrat ein und übernahm den Oberbefehl. Am Atbara ist alles ruhig. (Die Niederlage der Italiener muß eine sehr empfindliche gewesen sein, wenn der offiziöse Telegraph auch jetzt noch sich solche Mühe giebt, den Sachverhalt möglichst zu verschleiern. — Red.).

Paris, 10. Dez. Der Kongreß der Bimetallisten-Liga ist heute eröffnet. Loubet, als Präsident, heißt die englischen und deutschen Delegirten willkommen und setzt die Ziele des Kongresses auseinander. Mirbach wird die Frage vom deutschen Standpunkt aus beleuchten. Zu Ehren der fremden Delegirten wird heute Abend ein Bankett gegeben.

Bukarest, 10. Dez. Bei den Kammerwahlen im zweiten Wahlkollegium wurden in 70 Wahlbezirken 67 Liberale gewählt, darunter der Minister des Innern Fleva. 3 Stichwahlen haben stattzufinden. Von den konservativen Kandidaten wurde keiner gewählt. Die Wahlen verliefen in voller Ruhe und Ordnung.

Sofia, 10. Dez. Vorgestern und gestern sind im Lande starke Schneefälle niedergegangen. Die meisten Post- und Telegraphenverbindungen sind unterbrochen. Auf dem Balkan liegt der Schnee 5 Meter hoch. Der Telegraphenverkehr über Serbien, sowie die Verbindung mit Rumänien über Widdin sind wiederhergestellt.

Berlin, 10. Dez. Anläßlich der Auflösung der sozialdemokratischen Vereine fanden Abends zwölf sozialdemokratische Protest-Versammlungen statt. Unter den Rednern befinden sich Bebel, Liebknecht, Singer. Die stark besuchten Versammlungen verliefen ohne Zwischenfall und nahmen gleichlautende Protestresolutionen an.

Konstantinopel, 10. Dez. Die Irade für die Durchfahrt der zweiten Stationsschiffe ist erschienen.

Zur Lage in der Türkei.

Konstantinopel, 10. Dez. Der Minister des Aeußeren Tewfik Pascha hat heute den Botschaftern mitgetheilt, daß der Sultan die Fermans für die zweiten Stationsschiffe unterzeichnet hat. — Der russische Botschafter hatte vorher im Namen des Zaren an den Sultan appellirt, den Ferman zu erlassen.

London, 10. Dez. Seit einigen Tagen laufen Gerüchte um, daß mehrere höhere Offiziere, welche der Verbindung mit der jungtürkischen Bewegung verdächtig waren, aus der Türkei entflohen seien; heute heißt es, unter den Flüchtlingen befänden sich zwei Adjutanten des Sultans.

Produkten- und Börsenberichte.

Hamburg, 10. Dez. (Schlußbericht.) Kaffee. Good average Santos per Dezember $73^{1}/_{4}$, per März $69^{1}/_{4}$, per Mai $67^{1}/_{2}$, per Sept. 64. Ruhig.

Hamburg, 10. Dez. (Schlußbericht.) Zuckermarkt. Rüben-Rohzucker I. Produkt Basis 88 pCt. Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg, per Dezember $10{,}67^{1}/_{2}$, per März $10{,}02^{1}/_{2}$, per Mai $11{,}17^{1}/_{2}$, per August 11,40. Ruhig.

Petersburg, 10. Dez. Produktenmarkt. Weizen loko 8,00, Roggen loko 4,90. Hafer loko 3,30. Leinsaat loko 10,40. Hanf loko —,—. Talg loko 47,00, per August —. Wetter: Frost.

Havre, 10. Dez. (Telegr. der Hamb. Firma Peimann, Ziegler u. Co.) Kaffee in Newyork schloß mit 25 Points Baisse.

Rio 16 000 Sack, Santos 18 000 Sack, Recettes für 2 Tage.

Havre, 10. Dez. (Telegr. der Hamb. Firma Peimann, Ziegler u. Co.), Kaffee good average Santos per Dezember 89,25, per März 84,50, per Mai 83,00. Unregelmäßig.

Paris, 10. Dez. (Schluß.) Rohzucker ruhig, 88 Proz. loko 28,25 à 28,75. Weißer Zucker ruhig, Nr. 3, per 100 Kilo per Dez. $30{,}87^{1}/_{2}$, per Januar $31{,}12^{1}/_{2}$, per Januar-April $31{,}62^{1}/_{2}$, per März-Juni 32,00.

Paris, 10. Dez. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen fest, per Dezember 18,65, per Januar 18,85, per Jan.-April 19,15, per März-Juni 19,60. — Roggen fest, per Dez. 10,80, per März-Juni 11,50. — Mehl fest, per Dezember 41,45, per Januar 41,85, per Jan.-April 42,45, per März-Juni 43,10. — Rüböl ruhig, per Dezember 54,50, per Januar 54,75, per Januar-April 54,75, per Mai-August 53,25. — Spiritus ruhig, — per Dezember 31,50, per Januar 31,75, per Januar-April 32,25, per Mai-August 33,25. — Wetter: Bewölkt.

Amsterdam, 10. Dez. Bancazinn $37^{1}/_{2}$.

Amsterdam, 10. Dez. Java-Kaffee good ordinary 54.

Amsterdam, 10. Dez. (Getreidemarkt.) Weizen auf Termine geschäftslos, do. per März —, per Mai —. — Roggen loko —, do. auf Termine behauptet, per März 104, per Mai 105, per Juli 106. — Rüböl loco —, per Mai ——, per Herbst 1896 —.

Antwerpen, 10. Dez. Getreidemarkt. Weizen fest. Roggen ruhig. Hafer ruhig. Gerste fest.

Antwerpen, 10. Dez. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loko $18^{1}/_{2}$. Ruhig.

Schmalz per Dezember $70^{1}/_{4}$. Margarine ruhig.

London, 10. Dez. An der Küste 2 Weizenladungen angeboten. — Wetter: Heiter.

London, 10. Dez. Chili-Kupfer $42^{3}/_{4}$, per 3 Monat $43^{3}/_{16}$.

Glasgow, 10. Dez. Roheisen. (Schluß.) Mixed numbers warrants 47 sh. $^{1}/_{2}$ d.

Hull, 10. Dez. Getreidemarkt. Englischer Weizen steitg, fremder fester. — Wetter: Schön.

Liverpool, 10. Dez. Getreidemarkt. Weizen $^{1}/_{2}$ d. höher, Mehl fest, Mais unverändert. — Wetter: Schön.

Liverpool, 9. Dez. Nachm. 4 Uhr 15 Min. (Baumwolle.) Umsatz 12 000 Ballen, davon für Spekulation und Export 1000 Ballen. Steigend. Amerikaner $^{1}/_{32}$ höher.

Middl. amerikanische Lieferungen: Dezember-Januar $4^{31}/_{64}$ bis $4^{1}/_{2}$ Käuferpreis, Januar-Februar $4^{31}/_{64}$—$4^{1}/_{2}$ Verkäuferpreis, Februar-März $4^{31}/_{64}$—$4^{1}/_{2}$ do., März-April $4^{31}/_{64}$—$4^{1}/_{2}$ do., April-Mai $4^{1}/_{2}$ Käuferpreis, Mai-Juni $4^{1}/_{2}$—$4^{33}/_{64}$ do., Juni-Juli $4^{33}/_{64}$—$4^{17}/_{32}$ Verkäuferpreis, Juli-August $4^{17}/_{32}$ Käuferpreis, August-September $4^{33}/_{64}$ d. do.

Newyork, 10. Dez. Weizen-Verschiffungen der letzten Woche von den atlantischen Häfen der Vereinigten Staaten nach Großbritannien 81 000, do. nach Frankreich —, do. nach den anderen Häfen des Kontinents 41 000, do. von Kalifornien und Oregon nach Großbritannien 96 000, do. nach den anderen Häfen des Kontinents — Orts.

Berlin, 11. Dez. Wetter: Naß.

Newyork, 10. Dezbr. Weizen per Dez. $66^{5}/_{8}$, per Jan. $67^{1}/_{4}$.

Berliner Produktenmarkt vom 10. Dezember.

Es ist eine große Ueberraschung, daß von Nordamerika statt weiteren Anwachsens der Weizenvorräthe eine kleine Schmälerung derselben gemeldet wird, und wenn auch Newyork und Chicago daraufhin zu einer merklichen Preiserhöhung gelangten läßt sich doch eine genügende Erklärung für die recht auffällige Meldung kaum finden. Es erscheint daher begreiflich, daß man hier noch bezweifelt, ob die Anhäufung der jenseitigen Weizenvorräthe ihren Höhepunkt wirklich bereits überschritten haben wird und fühlte sich denn auch nur wenig angeregt durch die recht günstigen Depeschen von drüben. Weizen ist allerdings zunächst merklich besser bezahlt worden, aber die Kauflust war schnell befriedigt und allmälig ging der Fortschritt wieder verloren. Roggen anfänglich etwas fester gehalten, hat später Mühe gehabt, gestrigen Preisstand zu behaupten. Hafer findet nur schleppenden Absatz; die Terminpreise sind kaum verändert. Rüböl hat unter dem Druck der Kündigungen einige weitere Rückschritte gemacht. Spiritus flaute auch wieder ganz merklich, da man annimmt, daß die Dezember-Realisirungen für Hamburg erfolgen.

Weizen loko behauptet. Termine höher einsetzend, ermatteten bemerkbar. Gekündigt 50 Tonnen. Roggen loko wenig belebt, Termine ziemlich fest im Beginn, schließen schwächer. Gek. 50 To. Mais loko still, Termine ziemlich fest. Hafer loko matt. Termine wenig verändert. Roggenmehl unverändert. Rüböl flauer. Gekündigt 500 Ctr. Petroleum still. Spiritus flauer. Gek. 50 000 Liter.

Weizen loko 138—151 M. nach Qualität gefordert, Dezbr. 146—145,25—145,50 M. bez., Mai 150,75—149,75—150 M. bez., Juni 151,75—150,75—151 M. bez., Juli 152,50—151,75—152 M. bez.

Roggen loko 116—123 M. nach Qualität gefordert, guter inländischer 120—120,50 M. ab Bahn bez., Dezember 120—119,50 M. bez., Mai 125,75—125,50 M. bez., Juni 126,50—126,25 bis 126,50 M. bez., Sept. — M. bez.

Mais loko 103—109 Mark nach Qualität gefordert, Dezbr. 102,50 M. nom., April 94—94,25 M. bez., Mai 94 M. bez.

Gerste loko per 1000 Kilogramm 113—170 M. nach Qualität gefordert.

Hafer loko 117—150 M. per 1000 Kilo nach Qualität gefordert, mittel und guter ost- und westpreußischer 118 bis 128 M. bez. do. pommerscher, uckermärkischer u. mecklenburgischer 118—129 M. bez., do. schlesischer 119—128 M. bez., feiner schlesischer, preußischer, mecklenburgischer und pommerscher 131—141 M. bez., Dezbr. 121,25 M. bez., Mai 120,75 M. bez.

Erbsen Kochwaare 142—165 M. per 1000 Kilogr., Futterwaare 120—132 M. per 1000 Kilo nach Qual. bez., Viktoria-Erbsen 155—170 M. bez.

Mehl. Weizenmehl Nr. 00: 20,75—18,50 Mark bez., Nr. 0 und 1: 17,00—14,50 M. bez., Roggenmehl Nr. 0 und 1: 16,75 bis 15,75 M. bez., Dezbr. und Januar 16,60 M. bez., Februar 16,70 M. bez., April — M. bez., Mai 17 M. bez.

Rüböl loko ohne Faß 46,0 M. bez., Dezbr. 46,7 M. bez., Mai 46,3 M. bez.

Petroleum loko 21,6 M. bez., Dez. 21,6 M. bez., Januar 21,8 M. bez., Februar 22,0 M. bez.

Spiritus unversteuert zu 50 M. Verbrauchsabgabe loko ohne Faß 52,1 M. bez., unversteuert zu 70 M. Verbrauchsabgabe loko ohne Faß 32,5 M. bez., Dez. 37,5—37—37,2 M. bez., Januar 37,2—36,9—37 M. bez., Mai 38—37,6—37,8 M. bez., Juni 38,3 bis 38—38,1 M. bez., Juli 38,6—38,3—38,4 M. bez., August 38,8 bis 38,5—38,6 M. bez., September 39—38,7—38,8 M. bez.

Kartoffelmehl Dezember 14,20 M. bez.

Kartoffelstärke, trockene, Dezember 14,20 M. bez.

Die Regulirungspreise wurden festgesetzt: für Weizen auf 145,50 M. per 1000 Kilo, für Roggen auf 119,50 M. per 1000 Kilo, für Hafer auf —,— M. per 1000 Kilo, für Rüböl auf 46,90 M. per Ztr., für Spiritus auf 37,30 M. per 10 000 Ltr. Proz. (N. Z.)

Feste Umrechnung: 1 Livre Sterling = 20 M. Rubel 1 = 3,20 M. 1 Gulden österr. W. = 1,70 M. 7 Gulden südd. = 12 M. 1 Gulden holl. W. = 1,70 M. 1 Franc, 1 Lira oder 1 Peseta = 0,80 M.

Diskontobank-Wechsel v. 10. Dez.

Amsterdam	2½	8 T.	168,25 bz
London	2	8 T.	$20{,}42^{5}$ bz
Paris	2	8 T.	80,95 bzG
Wien	4	8 T.	167,80 bz
Italien. Pl.	5	10 T.	75,35 G
Petersburg	5	3 M.	217,40 bz
Warschau	5	8 T.	217,50 bz

Berl. 4. Lomb. 4½ u. 5. Privatd 3½ bz

Geld, Banknoten u. Coupons.

Sovereigns	20 40 bz
20 Francs-Stück	16.19 bz
Gold-Dollars	$4{,}18^{5}$ G
Amerik.Not.1 Dollars	$4{,}16^{5}$ G
Engl. Not.1 Pfd.Sterl.	20,41 bz
Franz.Not. 100 Frcs.	81,10 bzG
Oesterr.Noten 100 fl.	168,10 bzG
Russ. Noten 100 R.	218,50 bz
Russ. Not. ult. Dez.	218,25 bz
do. do. do. Jan.	218,25 bz

Deutsche Fonds u. Staatspap.

Dtsche. R.-Anl.	4	105,50 bzG
do.	3½	104,25 G
do.	3	99,50 B
Prss cons.Anl.	4	105,20 bzB
do.	3½	104,20 B
do.	3	99,80 G
St.-Anl. 1868	4	
St Schld-Sch	3½	100,30 G
Berl Stadt-Obl.	3½	101,70 bzG
Ostpr Prov Anl	3½	101,70 B
Posener Prov.-Anl.-Scheine	3½	101,30 bz
Pos.Stadt-Anl.	3½	
Pfandbriefe: Berliner	5	124,50 G
do.	4½	118,34 G
do.	3½	105,10 B
Ctrl.Ldsch	4	
do. do.	3½	101,00 G
Kur.u.Neu-Mark.neue	3½	101,40 G
do.	4	
Ostpreuss	3½	100,50 B
Pommer.	3½	100,50 G
do.	4	
Posensch.	4	101,30 G
do.	3½	100,50 G
Schls. landsch Lt.A	3½	100 30 G
do.	4	
do.neu do.	3½	100,60 bz
do. do. C.	4	
Wstp.Rittr	3½	100,50 G
do. neul.II.	3½	100,30 G
Renten: Pommer.	4	105,60 bz
Posensch.	4	105,10 G
Posensch.	3½	102,40 B
Preuss.	4	105,10 G
Schles.	4	105,20 bz
Bad.Eisenb.-A.	4	104,30 B
Bayer. Anleihe	4	105,50 G
Brem.A. 1892	3½	102,60 G
Hmb.Sts.-Rent	3½	104,30 G
do. do. 1886	3	98,00 G
do.amort.Anl.	3½	
Mecklenb. Anl.	3½	
Sächs. Sts-Anl.	3½	102,70 G
do. Staats-Rnt.	3	98,50 B

Loospapiere.

Bad.Präm.-Anl	4	144,10 G
Bayr.Pr.-Anl.	4	155,10 bz
Brnsch 20T.-L.	—	106,10 bz
Dess.Präm.-A.	3½	136,90 B

Finnische L.	—	57,30 bz
Freiburger L.	—	
Ham. 50T.-L.	3	
Lüb. 50T.-L.	3½	133,00 G
Köln-M. Pr.-A.	3½	138,50 G
Mail. 45 Lire L.	—	39,20 bz
Mail. 10 Lire L.	—	13,10 bz
Mein.7Guld-L.	—	23,50 B
Oest.1854er L.	3,2	
do. 1858er L.	—	340,25 bz
do. 1860er L.	4	151,30 bz
do. 1864er L	—	339,00 B
Oldenb. Loose	3	132,00 bz
Raab-GratzerL	2½	98,50 bz
Russ.1864 Pr.	5	192,00 bz
do. 1866 Pr.	5	
Türkenloose	—	109,40 bz
Ung. Pr. Loose	—	274,40 bz
Venet. Loose	—	24,00 G

Ausländische Fonds.

Argentin.Anl.	5	
do. 1888	4½	47,80 bzG
Bukar.Stadt-A.	5	98 90 bz
Buen. Air. Obl.	5	35,00 B
Chines. Anl.	5½	
Dän.Sts.-A.86.	3½	
Griech. Gold-A	5	
do. cons. Gold	4	26,10 bzG
do.Monop-Anl.	4	
do. Pir.-Lar.	5	
Italien. Rente	4	86,40 B
do.amort.-Rt.	4	
Mexikan. Anl.	6	93,40 B
do. neue 90er Anleihe	6	93,50 bz
do.5%E.-B.-A.	5	85,90 bz
Oest. G.-Rent.	4	102,30 B
do. Pap.-Rnt.	$4^{1}/_{5}$	
do. I/I Silb.-Rt.	$4^{1}/_{5}$	99.60 B
do. A/O do.		
do. Kronen-oblig(Localb)	3	81,50 bzG
Poln. Pfandbr.	4½	67,40 bzG
do.Liq.-Pf.-Br	4	
Port. A88—89	4½	41,00 G
do. Tabak-Anl.	4½	92,40 bz
Röm. Stadt-A.	4	90,25 bzG
do. II. III. VI.	4	85,60 bzG
Rum. Staats-A.	4	86,50 bzG
do. Rente 90	4	86,70 bz
do. do. fund	5	102,25 bz
do. do.amort.	5	98,00 bzG
do. do. 92	5	98,10 bz
Rss.cs.1880A.	4	101,50 bz
do. Gd.1889A.	4	
do. do.1890A.	4	
do.cs. E.-B.-O.	4	101,50 bz
Russ 4 Staatsrente v. 1894	4	66,50 bz
Bodkr.-Pfdbr.	5	
do. neue	4½	103,00 G
Schwedische	3½	100,40 bz
Schw. d. 1890	3½	101,00 bz
do. 1883	4	
Serb. Gld-Pfdb	5	84,90 G
do. abg. 84	4	67,00 bzG
do. abg. 85	4	67,60 G
Span. Schuld.	4	65,00 G
TürkA.1865C.	1	20,10 B
do. do. D.	1	19,80 bzB
do. Administr.	5	90,00 bz
do. Consol.90	4	
Ung. Gld-Rent.	4	102 50 B
do. Kronen-R.	4	98,30 bzB
do.Gld.-Inv.-A.	4½	104.20 B
do.Tem-Bg.-A.	5	

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Aachen-Mastr.	2½	78,25 bz
Altdamm-Colb	5	109,75 bz
Altenbg.-Zeitz	10,18	
Crefelder	3	104,00 bz
Crefld-Uerdng	5½	177,00 bz
Dortm.-Ensch.	5	149,50 bzG
Eutin. Lübeck	1¼	57,90 bzB
Frnkf.-Güterb.	4½	85,75 bz
Halberst Blank	5½	129,75 bz
Ludwsh.-Bexb.	10	247,00 bzG
Lübeck-Büch.	6	149,25 bz
Mainz-Ludwsh	5	118,00 bz
Marnb.-Mlawk.	2	76,75 bz
Meckl Fr.Franz		
Ndrschl.-Märk.	4	103,10 bz
Ostpr. Südb.	⅓	90,75 bz
Saalbahn	⅔	
Stargrd-Posen	4½	
Weimar-Gera	0	
Werrabahn	2,11	
Aussig-Teplitz	15	
Böhm. Nordb.	8	
do. Westb.	8	
Brünn. Lokalb.	5½	
Buschtherader	10¾	
Dux-Bodenb	5	
Galiz. Karl-L.	5	
Graz-Köflach	5,4	
Kaschau-Od	4	
Lemberg-Cz	7	140,00 G
Oester Staatsb	$6^{2}/_{3}$	154,75 bz
do. Lokalb.	3½	
do. Nordw.	5½	
do.Lit.B.Elb.	5¾	138,00 bzB
Raab-Oedenb.	1½	51,50 bz
Reichenb.-P	$4^{2}/_{7}$	
Südöstr.(Lb.)	⅘	42,50 bz
Ungar.-Galiz.	5	
Balt. Eisenb.	0	
Donetzbahn	—	
Ivang. Domb.	0	
Kursk-Kiew	$9^{3}/_{8}$	
Mosco-Brest	0	
Russ. Staatsb.	—	
do. Südwest.	—	
Wrsch.-Teres.	0	
Wrsch.-Wien.	$19^{5}/_{8}$	264,50 bz
Weichselbahn	5	
Amst.-Rotterd.	3	
Canada-Pacif.	2½	51,10 B
Gotthardbahn	$7^{2}/_{5}$	167,60 bz
Ital. Mittelm.	0	89,90 bz
Ital.Merid.-Bah	0	120,25 bz
Lüttich-Lmb.	⅘	32,40 bzB
Lux. Pr. Henri	4	73,00 bz
Schweiz.Centr	5½	132 60 bz
do. Nordost	6	128,40 bz
do. Unionb.	4	90,00 bz
Westsicilian.	$3^{1}/_{5}$	58,00 bzG

Eisenb.-Stamm-Priorität.

Altdm.Colberg	5	
Bresl.-Warsch	$1^{17}/_{20}$	62,00 bz
Dortm.-Gron.	5	148,50 bz
Paul.-Neu-Rup	5½	
Prignitz	4½	
Szatmar-Nag.	4	
Marienb Mlawk	5	121,00 bz
Mecklb. Südb.	—	
Ostpr. Südb.	5	119,40 bz
Saalbahn	5	
Weimar-Gera	4½	

Eisenb.-Prioritäts-Obligat.

Bresl-Warschauer Bahn	4	
Gr Berl.Pferde Eisenbahn	3½	100,50 G
Mainz-Ludwh.	4	
do. do.	3½	
Nordd. Lloyd	4	101,90 bz
Oberschl.	3½	
do. (StargPos)	4	
Ostp. Südbahn	4	
do. do.	4	
Werrab. 1890	4	
Albrechtsb gar	5	
Busch Gold-O.	4½	103,40 G
Dux-Bodenb. I.	5	
Dux-Prag G-Pr	5	
do. 1891	4	100,40 G
Franz.-Josefb.	4	
GalK.Ludwigsbahn 1890	4	98,10 G
Kasch-Oderb. Gold-Pr.g.	4	102,00 bzB
KronpRudolfb.	4	
do.Salzkammg	4	103,00 bzG
LmbCzern.stfr	4	97,75 bzG
do. do. stpfl.	4	
Oest.Stb.alt.g.	3	92,40 G
do. Staats-I.II.	5	116,60 G
do. Gold-Prio.	4	104,00 G
do. Lokalbahn	4	102,00 bzB.
do.Nordwestb.	5	109,25 G
do. NdwB.G-Pr	5	115,00 bzG
do. Lt.B. Elbth.	5	
Raab-Oedenb. Gold-Pr.	3	84,50 G
Reichenb.-Pr. (Silber)	4	
Südöst-B.(Lb.)	3	70,80 bzG
do. Obligation.	5	110,50 bz
do.Gold-Prior.	4	101,25 G
Ung Eis-B.G-A.	4½	104,90 G
do. do. S.-A.	4½	101 25 bzB
Baltische gar.	5	
Brest-Grajewo	5	
Gr.Rss.Eis.gar	3	86,80 G
Ivang.-Dom. g.	4½	
Kozl.-Wor. g.	4	100,00 bzG
do. 1889	4	100,10 bzG
Ku.-CharAs(O)	4	100,20 bzG
do. (Ob)1889	4	100,00 bzG
Kur-Kiew conv	4	101,10 G
Losowo-Seb.	5	
Mosco-Jarosl.	5	
do. Kursk g.	4	96,50 bz
do. Rjäsan g.	4	
do.Smolen.g.	5	103,90 bz
Orel-Griasy c.	4	100,00 bzG
Poti-Tiflis gar.	5	
Rjäsan-Kozl.g.	4	100,50 bz
Rjäsan-Uralsk-Obligat.	4	101,00 G
Rjaschk-Mor.g	5	
Rybinsk-Bol.	5	100,50 bz
Südwestb.gar.	4	101,50 bzG
Transkauk.g.	3	88,50 G
War.-Ter. g.	5	
War.-Wien	4	
Wladikaw.O.g	4	101,50 G
Zarskoe-Selo	5	
Anat. Gold-Obl.	5	87,2.
Gotthardbahn	3½	102,60 G
Sicil. Gld.-P.cv	4	
do.do.v.1891	4	
ital. Eisb.-Obl.	3	53,25 G

Italien. Mittelm.	4	94,00 bz
Macedonier	3	54,50 bzG
Oeste de Minas.	5	86,10 bzG
Portugies. Obl.	—	66,20 bzG
Sardinische Obl.	4	
Süd-Ital. Bahn.	3	56,20 G
Central-Pacific.	6	
Illinois-Eisenb.	4	
Manitoba	4½	102,50 G
Northern Pac. I.	6	113,00 bz
do. do. II.	6	101,25 G
do. do. III.	6	
do. do.	5	35,80 bz
San Louis Franc.	6	102.70 bz
San Louis Franc.	5	90,50 bz
do. do. West.	4	69,30 bzG
SouthernPacific.	6	109,50 G

Hypotheken-Certifikate.

Danz. Hypoth.-Bank	4	
Dtsche.Grd.-Kr.-Pr. I	3½	121,75 bz
do. do. II.	3½	117,50 bzG
do. III. IV. abg.	3½	
do. do. V. abg.	3½	100.75 G
Dsch. Gr. K. VI.	4	103,50 G
do. do. VII.	4	104,30 bzG
do.Hp.B.Pf.IV.-V. VI.	5	112,60 G
do. do.	4	102,00 B
do. do.	3½	101,25 bzG
Hb. Hyp.-Pf. (rz 100)	4	
do. do. (unkündbar bis 1./1. 1900)	4	103,75 bz
do. do. (rz100)	3½	100.30 bz
do. do. bis 1895	3½	101,70 bz
MeiningerHyp.-Pfdb.	4	100,25 G
do. 42 bis 1900 unkb. Hyp.-Pfdbr.	4	104,00 bzG
Pomm. Hypoth.-Akt. do. 42 bis 1904 unkb. Hyp.-Pfdbr.	4	105,50 bzG
do. IX/X.unk.b.1906	4	106,00 bzG
do. II/III.unk.b.1906	3½	102 25 bzG
B.-Pfandbr. III. u. IV.	4	100,90 G
Pomm. Hyp. V. VI.	4	103,40 G
P.B.-Cr.unkb(rz110)	5	115,10 G
Pf.Sr.III.V.VI.(rz100)	5	108,75 G
do. do. (rz115)	4½	117,00 G
do. do.X.(rz110)	4½	113,25 G
do. do. (rz100)	4	101,40 bzG
Pr. Cent.-Pf. 86-89	3½	100,30 bzG
do. 1890unk.1900	4	104,30 bzG
do. 1894unk.1900	3½	101,20 bzG
do. Communal-Obl.	3½	100,90 bzG
Pr. Hyp.-B. I. (rz120)	4½	
do. do. VI.(rz110)		
do.div.Ser. (rz100)	3½	
do. do. (rz100)	4	101,80 bzG
Prs. Hyp.-Vers.-Cert.	4	100,00 bzG
do. do. do.	3½	100,00 bzG
Preuss. Hyp.-V.	4	
Sch. Bod.-Cr. b.1903	4	105,50 G
Schles. B. Cr.(rz100)	4	
do. do. (rz100)	3½	100,50 G
Stettin. Nat. Hyp.-Cr.		
do. do. (rz110)	4½	109,60 G
do. do. (rz110)	4	108 08 G
do. do. (rz100)	4	102,50 bz

Bankpapiere.

Bank f. Rheinl.	16	116,50 G
B.f.Sprit-Prod.H.	3¾	72,80 bzG
Berl. Cassenver.	4	130,00 bzB
do. Handelsges.	7	149,50 bz
do. Maklerver.	6½	130,00 bzG
do. Prod.-Hdbk.		
Börsen-Hdlsver.	0	119 80 bzG
Bresl. Disc.-Bk.	6½	124,50 bzB
do. Weensler.-A.	5	107.50 G
Danz. Privatbank	8	149.80 G
Darmstädter Bk.	7	154,60 bzG
do. do. Zettel	$4^{1}/_{5}$	
Deutsche Bank	9	191,90 bz
do. Genossensch	5	118.00 bzG
do. Hp. Bk.75pCt	7	133,60 G
Disc.-Command.	8	210,40 bz
Dresdener Bank	8	163,00 bz
Gothaer Grund-creditbank	4	125,00 bzG
Königsb. Ver.-Bk	5	106,90 bzG
Leipziger Credit	10	213,10 G
Magdeb. Priv.-Bk	5½	115,00 bzB
Maklerbank	5½	108,25 G
Mecklenb.Hyp.u. Wechs.	8	157,80 bz
Meininger Hyp.-Bank 70pCt.	6	129 10 G
Mitteld.Crdt.-Bk.	5	110,60 bz
Nationalbk. f. D.	6½	140,50 bz
Nordd. Grd.-Crd.	5	110,00 G
Oester. Credit-A.	$11^{7}/_{8}$	230,60 bz
Petersb.Disc.-Bk	15	
do. intern. Bk.	14	
Pomm. Vorz.-Akt	6	144,25 bzG
Posen. Prov.-Bk.	4½	108,90 G
Pr. Bodencr.-Bk.	7	146 50 bzB
do.Cnt-Bd 70pCt	9½	186,00 bzB
do. Hyp.-Akt.-Bk.	6¼	137,75 bzG
do. Hyp.-V. A. G. 25 pCt.		
Rh.-Westf.- Bank	7	94 25 bzG
Reichsbank	6,26	164,00 bzG
Russische Bank	$9^{3}/_{5}$	
Schaffhaus.-Bk.	6½	139,00 bzG
Schles. Bankver.	5½	128,00 bzG
Warsch. Comerz	11	
do. Disconto	9,186	

Industrie-Papiere.

Allg. Elekt.-Ges.	11	227,60 bzG
Bauges. Berl.-Charl.	—	750,00 bzG
Bauges. do Neust.	—	87,00 G
Bauges. Hann.-St.P.	3½	104,25 G
Bauges. Humbldth.	6	
Kurfürst	—	115,00 G
Moabit	6	
Passage	4	90,75 bzG
Weissens.	—	680,00 G
Berl.Elekt.-W.	12½	238,00 bz
Berl.Holzcomt.	5½	114.60 bzG
Berl. Lagerhof	2	120,50 bzG
do. do.St.-Pr.	5	120,50 G
Ahrens Br., Mbt.	0	45,00 bz
Berl. Bock-Br.	4	171,75 G
Königstd. Br.	6	135,00 bzG
Landré Br.	13	250,00 bzB
Münch. V.-Br.	—	135,00 bzG
Patzenhofer Br.	5	247,50 bzG
Schultheiss-Br.	14	268,00 bzG
Hugger Br.	10	146,00 bzG
Bresl. Oelw.	$3^{1}/_{3}$	89,10 G
do. Sprit-A.-G.	—	132,00 bzG
Brodfabrik	2	171,50 B
Lutzke Metall	4	158,50 bz
Chem.Fab. Milch	10	128,00 bzG
Ch. F. Anglo. G.	7	101,50 bz
Ch.F. Leopoldsh.	4¼	85,80 G
do. St. Pr.	5	121,50 G
Ch. F. Oranienb.	6	163.00 G
Ch. F. Union	3	105,50 G
Danziger Oel	3	91,50 G
do. St. Pr.	5	107,75 G
Dtsch. Thonröhr	6½	
DynamitTrust.	10	151,50 bz
Egestorff. Salz	8	139.25 G

Gummi HarWien	22	311,90 bz
do. Schwanitz	$9^{1}/_{4}$	
do. Voigt Winde	7	135,00 bzG
Masch.- u. Eisenb.-Bedarfsanst. Anhalter	—	37 00 G
Berl. Anh.	6	132,50 G
Bresl. Lnk	8½	194,00 bzG
do. Hofm.	6	157,50 bzB
Chemnitz	3	115,90 bzB
Floether	8	130,50 G
Germ.V.-Akt.	0	75,00 bzG
Görlitz Körn.	12	193,60 bzG
Görl. Lüdr.	12	204,60 bzG
H. Pauksch	4½	108,50 G
Lud. Löwe	20	333,00 bzG
Pomm. cv.	4½	66,50 G
Schwarzk.	13½	245 00 bzG
Stett.-Vlk.-B.	6	137,25 bzG
Stett. St. Pr.	6	144,00 bz
Sudenburg	20	207,00 bzG
Ob.-Schl. Portl.-Cement	6	115,50 G
Oppeln. Cem.-F.	6½	124,75 bz
do. (Giesel)	4½	107,00 G
Bresl. Pferde-Bh	8	178,50 G
do. Elektr.Bahn	8	189,50 G
Charlottenburg.	—	
Gr.Berl.Pferdeb.	12½	326,00 bz
Posen.Sprit-F.	12	171,30 bz
Sächs. Kamg.	1	120,50 bz
Hb. Pakf. Tr.-G.	0	106,40 G
Nordd. Lloyd Transp.-G.	0	102,50 bz
Fraust. Zucker	—	117,50 G
Glauz. Zucker	4½	110,00 G

Bergwerks- u. Hüttenges.

Berzelius	5	119,25 G
Boch. Gussstahl	5	152,50 bz
Bonifacius	—	107,50 bz
Concordia	5½	134,50 bzG
Consolidation	8	206,50 bz
Courl. Bgw.	2½	113,70 bz
Dannenbaum	2½	103,00 bzG
Donnersmarck	6	143 50 bz
do. cv.	6	
Dtm. Union P. A.	0	53,75 bz
Eschweiler	8	157,10 G
Gelsenkirchen	6	173 50 bz
Hörder Bergw.	3	101,00 bzG
Hugo Bgw.	7	185,00 G
Inowracl. Salz	1¾	55,75 bzG
Kölner Bgw.	6	168,00 G
König u. Laura	4	147,25 bzG
do. P. A.		
Lauchham. cv.	4½	98,75 G
do conv.	6	133,25 G
Louis.Tief.St.-P.	0	59 00 G
do. P. A.	0	94,90 B
Marienh. Ktz.	2½	69,60 B
Oberschl. Bed.	3	181,00 G
do. Eisen-Ind.	2	98,20 bz
Phönix. Lit. A.	6	156,50 bz
Pluto	5¼	155,30 bzG
do. St. P.-A.	5¼	
Redenh. St. Pr.	0	15,25 G
Lit. A.	0	39,50 G
Rh.Anthr.Nassau	—	75,10 bz
Riebeck Wk.	10	180,80 bz
Schl. Zinkhütte.	12	197,00 bz
do. do. St.-Pr.	12	197,00 bz
Stolb. Zink-H	1	41,75 G
do. St.-Pr.	6	121,00 bzB
Tarnowitz L. A.	0	35,25 bzG
Westf. Un. cv.	1	101,50 bzG
do. Pr.	7	154,25 bz

Druck und Verlag der Hofbuchdruckerei von W. Decker u. Co. (A. Röstel) in Posen.